# DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

H 8040 F
Nummer 28
Mai/Juni 94
2,50 Mark





## Inhalt




## Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder




***Editorial:** Aufgrund der Vielzahl der eingegangenen Beiträge verzichten wir in dieser Nummer auf das gewohnte Editorial. Wir bedanken uns bei den AutorInnen und bedauern die aus Platzgründen notwendig gewesenen Kürzungen. DER RECHTE RAND Nummer 29 erscheint Anfang/Mitte Juli; Redaktionsschluß ist der 13. Juni 1994.*

# Die „Republikaner" und die anderen

Am 27. November 1983 gründeten die CSU'ler **Franz Handlos**, der Mann mit den meisten WählerInnenstimmen im schwärzesten Wahlkreis der BRD, und **Ekkehard Voigt** zusammen mit **Franz Schönhuber** in München die Partei die „Republikaner". Das „Trio fasci" hielt nicht lange. Der „Jetzt red I"-Rundfunkjournalist Schönhuber war schnell zum Shooting-Star aufgestiegen, tat sich mit Neofaschisten aus der NSDAP/AO-Struktur vom Schlage **Harald Neubauers** (heute „Deutsche Liga für Volk und Heimat") zusammen und trennte sich von Handlos und Voigt. Er hatte einfach bessere Referenzen vorzuweisen: seine ehemalige Mitgliedschaft in der Waffen SS, „Leibstandarte Adolf Hitler".

Der Hitlerbubi Franz machte nach der Zerschlagung des militärischen Arms der deutschen Faschisten zunächst Karriere auf halblinks. Vom JuSo-Fan mutierte er recht bald zum F.J. Strauss-Amigo und wurde schließlich Mitbegründer der faschistischen „Republikaner". Heute wird er von seinen (ehemaligen) FreundInnen aus CDU/CSU und SPD aufs heftigste mit Verbot bedroht. Bekanntlich beißen bellende Hunde nicht. Von daher ist das Verbotsgeheule eine schlechte dramaturgische Inszenierung eines drittklassigen Kommödienstadels.

Ihren ersten Erfolg erzielten die „Republikaner" noch zu Lebzeiten von F.J. Strauß bei der bayerischen Landtagswahl 1986 mit 342.000 oder 3 Prozent der Stimmen. Drei Jahre später, im Juni 1989, wählten 7,1% (2.005.555 Deutsche) bei den Europawahlen „Republikaner". Die nach den Berliner Senatswahlen 1989 von Heiner Geißlers Stab schnell zusammengestellte Untersuchung (Die REP, Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei) verheimlichte nicht, daß sich bei den „Republikanern" etliche ehemalige Unionsmitglieder als Funktionäre engagierten. Geißlers Truppe rückte die „Republikaner" aber mehr in die Nähe von NPD und DVU, ohne auf die geistige Verwandtschaft mit der CDU/CSU einzugehen. War der frühere Vorsitzende der „Republikaner" in Schleswig-Holstein Prof. **Emil Schlee**, ein Vertriebenenfunktionär, nicht auch einmal CDU-Landtagsabgeordneter und Ministerialbeamter? War es nicht der heutige Finanzminister Theodor Waigel, der am 13. August 1989 verkündete, daß die CSU eine kommunale Zusammenarbeit mit Republikanern nicht ausschließe?

Die „Republikaner" waren und bleiben „Fleisch vom Fleische" der CDU/CSU. Sie sind Bestandteil der Taktik der Stahlhelmfraktion, die auf ihre Weise der politischen Kultur in der BRD mit autoritären Vorstellungen eine faschistoide Grundstruktur verpassen will. Die verniedlichend REP genannte Partei ist neben Vereinen, Stiftungen und Verbänden nur ein Instrumentarium für dieses Ziel.

Auf den rechten Weg brachte die bundesrepublikanische Gesellschaft der „Historikerstreit", die „Versöhnung" an den SS Gräbern in Bitburg, eine immer noch oberflächliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und seit dem ausgesprochenen Anwerbestopp von 1973 die systematisch inszenierte „Ausländerfeindlichkeit".

Die kapitalen Verbindungen sind gut geknüpft. Zu den Frühsponsoren der „Republikaner" gehörten **Armin Mohler** noch als amtierender Geschäftsführer der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung, der Großverleger Dr. **Herbert Fleißner**, zahlreiche millionenschwere Immobilienhändler wie der Chef der Düsseldorfer Interfinanz, Dr. **Carl Zimmerer**, der Schönhuber wohl in Tradition zu Hitlers Industriereden in den „Herrenclub" nach Düsseldorf einlud. Schönhuber benötigte Geld und die Herren übernahmen fleißig Bürgschaften, zum Beispiel für das Anmieten großer Versammlungsräume bis heute.

Publizisten wie Klaus Farin, Albrecht Maurer oder Bernd Siegler haben herausgefunden und glaubhaft nachgewiesen, daß sich CDU/CSU und „Die Republikaner" in programmatischen Äußerungen nicht wesentlich unterscheiden. Zum Teil trifft das auf SPD-Forderungen auch noch zu. Der Verfassungsschutz, der dringend abgeschafft werden muß, würde nach Farin bei SPD-Ortsvereinssitzungen ebenso fündig wie auf „Republikaner"-Treffen. Und schreibt nicht CDU-**Lummer** ebenso in der faschistoiden „Jungen Freiheit" wie der unsägliche Soziologieprofessor **Robert Hepp** aus Vechta? Gab es keinen Artikel von SPD-von Oertzen und kein Interview von Cohn-Bendit in der faschistoiden Zeitschrift „MUT"? Peter von Oertzen ist „linker" Vordenker in der SPD und der „rote Danny" Cohn-Bendit ist schamlos grün. Hat nicht eine CDU-Truppe unter Federführung von Waltraud Scheibert aus Oldenburg bereits 1990 behauptet, die „Asylanten" würden den Fluß Hunte verschmutzen bevor ähnliche Sätze im „Republikaner" Programm (1994) auftauchten?

Haben die „Republikaner" ihre Schuldigkeit getan, müssen sie jetzt (verboten) gehen? Mitnichten! Ein Verbot wird es bis zu den entscheidenden Europa- und Bundestagswahlen nicht geben! Hier werden Wahlkampftricks praktiziert im „Kampf" um die WählerInnen-Mitte, werden „Sündenböcke" aufgebaut, um von wirklichen Problemen und kapitalistischen Schweinereien abzulenken.

Die Ware Arbeitskraft aus dem Osten ist billiger als die aus der Türkei und manches läßt sich in den Philippinen „wirtschaftlicher" produzieren als in der BRD. Die besten Verknüpfungen des Kapitals mit Neofaschisten lassen sich bei den engagierten Osthändler-Firmen ausmachen und bei denen, die ihre Produkte im Inland auf den Markt werfen. Da wird der „Nationalismus" zur prägenden Ideologie. Nicht der Rubel soll rollen, sondern die russischen Rohstoffe und natürlich „unsere" D-Mark. (hy)

A. Maurer

### Dem einen sein law ist dem anderen seine order

# "Republikaner" und Innere Sicherheit

**Einen kurzen Wimpernschlag lang schien bei der Entscheidung um die faktische Abschaffung des Asylrechts Nachdenken angesagt. Als nämlich nachgewiesen wurde, daß bis in den Wortlaut hinein die Koalitionsregierung dabei ist, das "Republikaner"-Programm in Regierungspolitik umzusetzen. Wie wir wissen war das schnell vorbei - und seitdem ist die Scham vorbei.**

**Kanther**, erfolgreicher Kandidat für den Posten des Innenministers, weil er ausdrücklich eine Politik anbot, zu der "Republikaner"-Wähler "Ja" sagen können; CSU-**Waigel**, der die programmatischen Vorstellungen rechter Wähler vertreten will, und mehr als anderswo sind in Bayern damit eben "Republikaner" gemeint.

Seitdem ist für den bisher einzigen "Republikaner" im Bundestag, **Rudolf Krause**, das Redenschreiben einfacher. Einen Textbaustein drückt er immer bei innenpolitischen Themen: „das steht schon im REP-Programm, das höre ich auch auf meinen Veranstaltungen ..." Und Schönhuber selbst muß immer öfter öffentlich auf den Effekt hoffen, daß bei den Wahlen das Original der Kopie vorgezogen werde. Genau betrachtet - bedenkt man die Herkunft der REPs - ist das Copyright natürlich bei der Union. Es spricht aber gerade für den bedenklichen Zustand der Regierungspolitik, daß sich die einstmals abgefallenen Brüder und Schwestern heute durchaus mit Aussicht auf Erfolg mit der Union um das Erstgeburtsrecht balgen können. Gerade im Bereich der „Inneren Sicherheit" hat die Entwicklung der Unionspolitik zusammengeführt, was zusammengehört, weil es aus denselben Quellen sprudelt.

Aus einem Stoff sind einzelne Forderungen im "Republikaner"-Programm und das Verbrechensbekämpfungsgesetz und andere Maßnahmen der Regierung; demselben Karteikasten entnommen sind aber v.a. die allgemeinen Zielsetzungen - Stichworte: starker Staat und alle Deutschen gegen äußere und innere Bedrohung - und die propagandistische Begleitmusik - Stichworte: populistisches Bestätigen von Vorurteilen, Angst, Haß und Forderungen nach kurzem Prozeß in allen gesellschaftlichen Fragen.

Die Ursachen allen aktuellen Übels in Sachen Kriminalität und Bedrohung der Sicherheit liegen in der Öffnung der europäischen Grenzen „als strategische Sicherungslinie", der Organisierten Kriminalität und v.a. ihrem Wirken bei der „Rauschgift-, Waffen-, Schlepper-, Wirtschafts- und Umweltkriminalität" (Zitate wenn nicht anders benannt aus: Programmentwurf 1993).

Die „Republikaner sind die Partei für Recht und Ordnung" und fordern die „Wiederherstellung der Sicherheit".

Eine erste Runde von Forderungen bezieht sich auf pauschale Strukturänderungen, auf Forderungen nach Personalverstärkungen bei den Sicherheitsorganen und natürlich auf die „Schaffung neuer gesetzlicher ... Voraussetzungen zur wirksamen Bekämpfung neuer Erscheinungsformen der Kriminalität im Bereich der nationalen und internationalen Organisierten Kriminalität, Banden- und Gewalt-, Drogen- und Eigentumskriminalität." Ergänzt wird diese Runde durch „überfällige Reformen im Straf- Strafprozeß- und Strafvollzugsrecht."

Das ist auch exakt die Struktur des Verbrechensbekämpfungsgesetzes.




*Rudolf Krause, Gerhard Wruck, Franz Schönhuber und Günther Lüdtke in Sangesstimmung beim REP-Wahlkampf in Niedersachsen (v.l.n.r.)*

Die Mehrzahl der REP-Forderungen ist inzwischen im „Verbrechensbekämpfungsgesetz" und im „Programm Innere Sicherheit, Fortschreibung 94" (PIS/94) umgesetzt. Die REP-Forderung nach Umkehr der Beweislast bei Geldwäsche ist inzwischen von der SPD - im „2. Gesetz zur Organisierten Kriminalität" - übererfüllt, dort ist auch gleich noch die Vermögenseinziehung geregelt.

Die geforderte „Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Möglichkeiten, verdeckte täterbezogene Ermittlungen im Vorfeld konkreter Taten", ist zum einen in den Länderpolizeigesetzen jetzt schon geregelt, zum anderen als „marginale Differenz" (Kanther) im PIS/94 zwischen den Ländern festgehalten. Dort läuft dieser Punkt unter der Ermöglichung „milieubedingter Straftaten für Verdeckte Ermittler" und Einsatz des Verfassungsschutzes gegen Organisierte Kriminalität. Drittens muß in diesem Zusammenhang auch eine ganze Reihe von Neuerungen im Verbrechensbekämpfungsgesetz gesehen werden, die die Erweiterung der Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes im Bereich der Organisierten Kriminalität betreffen, die Erleichterung von G-10-Maßnahmen (Telefon- und Postkontrolle) auch gegen Schlepper"banden" vorsehen.

Die REP-Forderung „lebenslange Strafe für Rauschgiftgroßhändler" wird so von der Union nicht vertreten, liegt aber auf der Linie des „Strafe muß spürbar sein". Die „Rücknahme der kriminalpolitisch überzogenen Datenschutzregelungen im Bereich der Verbrechensbekämpfung unter stärkerer Beachtung einer Rechtsgüterabwägung" ist inzwischen schon eine rechtsstaatliche Umschreibung der im Unionslager vertretenen „Datenschutz ist Täterschutz"-Parole.

Im Kapitel „Rechtspolitik" werden „Erhöhung von Strafandrohungen und die Schaffung neuer Straftatbestände" gefordert. Grundlage ist eine Analyse, die so auch im Verbrechensbekämpfungsgesetz und im SPD-Katalog steht:

„Das organisierte Verbrechen, die Banden- und Betäubungsmittelkriminalität sowie die Auswüchse der Wirtschafts- und Umweltkriminalität bedrohen in zunehmendem Maße den Bestand der Gesellschaft und die Existenz des Staates."

Hier wird erneut der verstärkte Einsatz verdeckter Ermittler eingeklagt, der Große Lauschangriff gefordert (er taucht aus Koalitionsrücksichten im Regierungsentwurf nicht auf, dafür hat ihn die SPD in der exzessivsten Form als Entwurf eingebracht), sowie Ausbau des Zeugenschutzes und die

## Karrieren

Den „Republikanern" gehören, entgegen wiederholten rhetorischen Abgrenzungsversuchen von Franz Schönhuber (71), ehemalige Mitglieder der NPD in führenden Positionen an. **Gerhard Wruck**, einer von vier stellvertretenden Vorsitzenden im niedersächsischen Landesverband, war zuvor ebenso Mitglied der NPD wie die Landtagskandidaten vom 13. März 1994 **Wolfgang Stöver, Günther Lüdtke** und **Peter Lauer**. Lüdtke weist gar eine lückenlose rechtsextremistische Biographie auf. Vor 1945 gehörte er der Waffen-SS an, nach Gründung der Bundesrepublik war Lüdtke bei der „Deutschen Reichspartei", die 1964 in der NPD aufging. Lauer saß im Parteipräsidium der am 28./29. November 1964 gegründeten NPD und war Jugendbeauftragter der NPD in Hannover. Wolfgang Stöver saß über Jahre für die NPD im Gemeinderat von Edewecht (bei Oldenburg/Nds.) und entdeckte erst vor kurzem sein Herz für die „Republikaner".

Wiederherstellung der „abschreckenden Wirkung der Strafen".

Die „Ausdehnung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr" und „keine Haftverschonung bei vorsätzlichen Tötungsdelikten" sowie „Verhinderung von Prozeßverschleppung durch Änderung des Beweisantragsrechtes" sind im Verbrechensbekämpfungsgesetz in Gesetzesformeln umgesetzt. Alle zusammen entsprechen den schon vor einem Jahr ausgegebenen Leitlinien der Union: kürzere Prozesse, schnellere und höhere Strafen...

Typisch ist, daß „Ausländerpolitik" und „Asylrecht" Unterkapitel der „Inneren Sicherheit" sind. Auch dies entspricht der Regierungspolitik der letzten vier Jahre und ihrer Zuspitzung in den neuen Gesetzesentwürfen; am Schärfsten in der Begründung eines Bundesratsgesetzentwurfs gegen „Schlepperorganisationen". Dort wird eine gerade Linie gezogen von rassistischen Übergriffen zur zu großen Zahl von AsylbewerberInnen und der Schleppertätigkeit als Motor. Schuld am Rassismus sind letzten Endes die Schlepper ...

„Sofortige Beendigung der Masseneinwanderung" unter Berufung auf das Grundgesetz, das im Sinne des „Deutsche zuerst" interpretiert wird. Auch das entspricht der inzwischen wieder durchgängigen Parole „Wir sind kein Einwanderungsland" und den entsprechenden Rückzügen in Sachen doppelte Staatsbürgerschaft und erleichterte Einbürgerung. Auch die von der Regierung zeitweise angekündigte Reform des Art. 116 Grundgesetz - Staatsbürgerdefinition - ist eingestellt und die völkische Definition wieder gültig.

Gefordert werden Rückkehrhilfen und Aufbau von Grenzkontrollen, bzw. „Grenzsicherung zur Verhinderung illegaler Einreisen." „Örtliche Zuzugssperren in Kommunen mit besonders hohem Ausländeranteil, um Ghettobildung zu verhindern", lautet eine Forderung, die ja auch der Hamburger SPD-Bürgermeister Voscherau sich schon zu eigen gemacht hat. „Schwere oder wiederholte Straftaten müssen zwingend zur Ausweisung führen" ist in den Unionsvorlagen umgesetzt und sogar auf die erleichterte Ausweisung Jugendlicher ausgedehnt. Das Beharren auf dem Kriterium der „Hinwendung zur deutschen Nation" als Voraussetzung für eine Einbürgerung und die Verweigerung eines Ausländerwahlrechts sind allgemeiner Standard.

Weitere Forderungen zum Asylrecht - Sammelunterkünfte, sichere Drittstaaten, nur ein Asylverfahren pro BewerberIn in Europa, Sachleistungen statt Geld und Abschiebung von straffälligen oder abgelehnten Asylbewerbern oder bei offensichtlichem Asylmißbrauch sind Realität.

Es ist nicht zu übersehen, daß die "Republikaner" auf Programmebene die Rechtswende der CDU/CSU glatt verschlafen haben. Während sie, unter Druck gesetzt, versuchten, ihre Forderungen auf dem Papier einigermaßen rechtsstaatlich und verfassungskompatibel zu fassen, haben CDU/CSU ihre Lautsprecher in den letzten zwei Jahren vollständig umgestellt. Die eher lobbymäßigen Forderungen zur Polizeiorganisation und -struktur sind bei den REPs alt und ihrer dort gut vertretenen Klientel geschuldet. Ihre einst als hart empfundene Propaganda gegenüber AusländerInnen als Hauptverursacher von Kriminalität und Drogenproblemen, stand im Vorspann jeder programmatischen Erklärung aus Unionskreisen der letzten zwei Jahre und wurde von Leuten wie Kanther bei jedem Interview zum besten gegeben. Eine Formulierung wie „jeder Ausländer, der hier auch nur mit einem Gramm Rauschgift handelt, hat das Gastrecht unseres Staates verwirkt" (Kanther) können auch Schönhubers Mannen kaum noch übertreffen. Dasselbe gilt für den Umgang mit den kurdischen Aktionen anläßlich der Verbote zum Newroz-Fest vor einigen Wochen.

Wenn im REP-Programm steht, daß „völkervertragsrechtliche Bestimmungen" auf ihre „Aufrechterhaltung hin zu überprüfen seien", soweit sie „einer Beendigung der Masseneinwanderung entgegenstehen", so hat auch dafür das Innenministerium auf zwei Ebenen längst einen pragmatischen Weg gefunden:

- Drittstaatenregelung im Asylrecht und vor allem
- die angestrebten Sonderabkommen mit der türkischen Regierung, um internationale Abkommen unterlaufen zu können, die die Abschiebung von KurdInnen bisher weitgehend verbieten.

Eine Differenz sei noch genannt. In der Zeitung "Der Republikaner" 2/94 wird der Vorschlag Schäubles, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen, abgelehnt. **Udo Bösch**, Oberstleutnant a.D. gesteht dem Vorschlag auf den ersten Blick Überzeugendes zu; auf den zweiten stellt er fest, daß „kein Vorgesetzter einem Wehrpflichtigen befehlen" werde, auf Zivilisten zu schießen. Solche südamerikanischen Zustände dürfte deutsche Politik „keinem Soldaten" zumuten. Neben den bekannten Forderungen zu Asyl und Ausländerpolitik, fordert Bösch dann die Verstärkung des BGS durch Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung. Für diese späte Anerkennung werden sich GSG-9, MEKs und SEKs recht schön bedanken.

Eine Chronologie der Pressemitteilungen und programmatischen Erklärungen aus den letzten zwei Jahren würde ergeben, daß die Union keineswegs auf Druck und Wahlkonkurrenz der "Republikaner" reagiert hat. Sie hat im Gegenteil offensiv Schritt für Schritt eine Schwelle nach der anderen im Bereich der „Inneren Sicherheit" genommen, die bisher von ihrem rechten Rand, bwz. eben den REPs besetzt war. Sie hat dies nicht mit Blick auf die REPs gemacht. Es ging und geht um die „Entfesselung" der Politik im Zentrum der Macht von Grundrechts- und Menschenrechtsorientierungen nach dem Exempel Asylrecht. Die in Millionen Exemplaren verbreitete Hetze um „Ausländerkriminalität", die Weigerung Kanthers diese Sparte aus der Kriminalstatistik zu streichen, weil das eine Beschönigung wäre, die in Talk-shows und Fernsehdokumentationen breitgewalzte These von der Bedrohung des „demokratischen Rechtsstaates durch internationale Kriminalität" und die These vom hilflosen, weil rechtsstaatlich gefesselten Staat, gehen mehr ans Eingemachte als die REP-Propaganda. Hier wurde mehr an Mobilisierungsarbeit für Bürgerwehren und Hilfspolizeien geleistet als sich die REPs je haben träumen lassen (können).

Die REPs versuchen allerdings diesen von der herrschenden Politik eröffneten Spielraum zu nutzen. Wenn der NRW-Landesvorsitzende den örtlichen Verband in Hünxe auffordert, schlagkräftige Männer zu einer Truppe zusammenzustellen oder wenn der Kreisverband der REPs in Fulda versucht, eine Schutztruppe beim Gewerbeamt anzumelden, sind das wenige bekanntgewordene Beispiele.

## Von den letzten Ursachen der Dinge

### Zitat: REP-Programm

„Die Beseitigung und Infragestellung nahezu aller Ideale, ethischer und moralischer Werte- und Ordnungsfaktoren durch eine am maßlosen Genuß- und Profitdenken orientierte liberalistische Gesellschaft führt zur Sinnentleerung"

### Zitat: Kanther

„Pseudointellektuelle und Konfliktpädagogen" hätten einen Verlust an Rechtstreue mitherbeigeführt, dem nun mit „Erziehung zur Rechtstreue, der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und der Wiederherstellung des Erziehungsauftrages der Schule" zu begegnen sei. (FR, 19.10.93)

### Zitat: Alois Glück/ CSU

„Das Vereinte Europa kann und darf kein Schmelztiegel sein ...Der Begriff der Nation ist also ...als Willens- und Wertegemeinschaft (zu verstehen)." (Die Welt 23.2.94)

### Zitat: Schäuble

„Angesichts all dieser Herausforderungen ist für mich die entscheidende Frage, ob wir diesen Staat und unsere nationale Gemeinschaft zureichend als eine Wertegemeinschaft verstehen ... Wir spüren doch noch heute die Folgen aus den kulturrevolutionären Umbrüchen der 60er Jahre. Es hat zwar seither einen Abbau überlieferter Werte gegeben, aber der Aufbau neuer Werte, der an ihre Stelle treten sollte, ist weitgehend ausgeblieben ... Sind es nicht unsere Scheu Vorbildfunktionen zu übernehmen, unser mangelnder Wille, die junge Generation ernstlich mit Herausforderungen zu konfrontieren, unser recht oberflächlicher Begriff von Liberalität, die die moralisch-ethische Desorientierung bei einem Teil der jungen Generation erst ausgelöst haben ... Der Auflösung sozialer und institutioneller Bindungen entspricht eine gesellschaftliche Entwicklung, in der Werte des Lebensgenusses und deren Freizeit immer höhere Bedeutung gewinnen." (Abschnitt „Mut zur Erziehung" auf dem CDU-Parteitag)

Winfried Holzinger

## Die Partei von „law and order“

# "Republikaner" und Kriminalität

**Ihre Bekenntnisse zur demokratischen Grundordnung nehmen sich aus wie die Erklärung des Fuchses vor dem Hühnerstall, er sei nun Vegetarier geworden. Es ist nicht nur die Radikalisierung ihrer Aussagen in ihrem Unverständnis für die demokratischen Grundrechte, die sich in ihrem Programm widerspiegeln; es ist nicht nur ihre Brandstifterfunktion für die Blutspur, die sich durch dieses Land zieht, es ist auch ihr eigenes Verhältnis zu allen Formen der Gewalt, daß gerade sie am Wenigsten zu einer Partei für Recht und Ordnung werden ließe. Dieses zeigt, wie die REPs den Rechtsextremismus in Deutschland mitprägen.**

Bereits am 20.11.1989 stellte das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz (VS) durch eine selbstverfaßte „Analyse zur Frage des Verdachts rechtsextremistischer Bestrebungen in der Partei 'Die Republikaner'“, die sämtlichen Landesämtern zugeschickt wurde, fest, daß 44 der aktiven Amtsinhaber (15,6 %) als ehemalige Rechtsextremisten „erheblich vorbelastet“ seien. Davon hatten 7 Personen sogar einen neonazistischen Vorlauf. 47 % des NRW-Landesvorstandes fielen in die gleiche Kategorie. 20 % der Funktionäre im REP-Bundesvorstand seien früher „zum Teil an maßgeblicher Stelle in rechtsextremen Organisationen aktiv“ gewesen. Im September 1989 schickte Winfried Rieder, Referatsleiter im Bundesamt, den Innenministern und -senatoren aller SPD-geführten Länder ein von ihm und dem Bremer VS'ler Lothar Jachmann erstelltes vertrauliches Papier zu, in dem sie erklärten, daß die nachrichtendienstliche Beobachtung der REPs schon lange überfällig wäre. So stellten sie u.a. fest, daß eine vergleichbare Entwicklung im linksextremistischen Spektrum der Bundesrepublik zweifellos schon längst zur nachrichtendienstlichen Beobachtung geführt hätte. Jede weitere Etablierung und parlamentarische Verankerung der REPs erschwere tendenziell die notwendige Entscheidung zur Beobachtung. Wegen dieser Einschätzung wurde der Absender dieses Papiers vom Chef des Bundesamtes in Köln, Gerhard Boeden, gerügt. Kurze Zeit später übte Ernst Uhrlau, damals noch Vizechef des Hamburger Landesamtes für VS, heftige Kritik an der uneinheitlichen Praxis der Behörden gegenüber den REPs, da zu dieser Zeit nur Nordrhein-Westfalen und Hamburg Schönhubers Truppen beobachten ließen. „Die Institutionen wehren sich erstens nicht gemeinsam, sie wehren sich nicht professionell, und sie wissen noch nicht einmal, ob sie sich wehren sollen, wollen oder dürfen... . Mittlerweile würde die Schönhuberpartei systematisch genutzt als Dach für Neonazis, für Nationaldemokraten und für verärgerte Anhänger der Deutschen Volksunion-Liste D“, so der Hamburger VS. Grundzüge des rechtsextremistischen Denkens zeigen sich schon in der Entstehungsgeschichte ihrer Programmatik, die nicht durch innerparteiliche Diskussionen entstand, sondern das Ergebnis von inhaltlichen und taktischen Überlegungen einer Führungs-Clique war. Hierbei bediente sich Schönhuber für das Programm 1990 des Amtmannes im Kölner Bundesamt für VS, **Klaus Hartel**, der 1989 von der CDU zu den REPs übergelaufen war, um die Suche nach belastenden Formulierungen zu erschweren. Von besonderer Bedeutung sind auch die internationalen Verbindungen der REPs zu Rechtsextremisten.

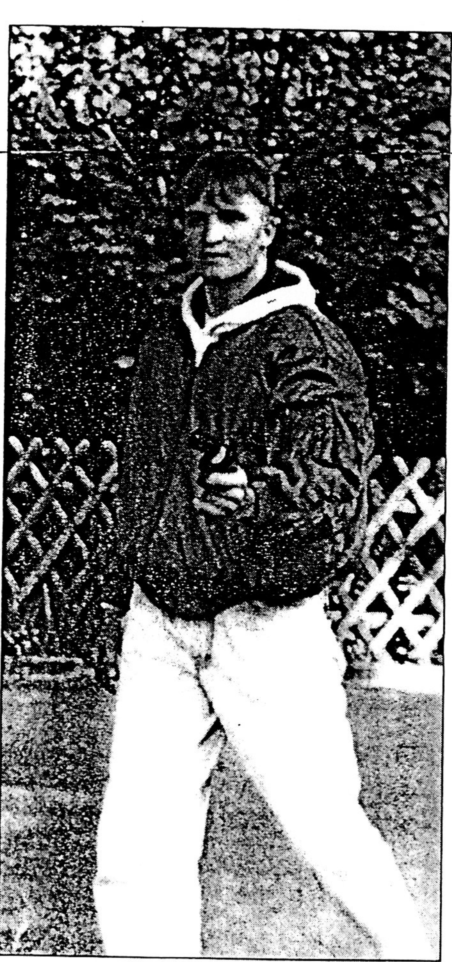
Während sich Bundesinnenminister Kanther selbst 1994 noch in Sachen REPs eine Selbstbeschränkung auferlegt und durch seine VS auch nur dürftige Anhaltspunkte für die rechtsextremistischen Bestrebungen und Tätigkeiten dieser Partei präsentiert, sind deren Länderkollegen in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen bereits weiter. Sie stufen die REPs in ihren offiziellen Bekundungen eindeutig als rechtsextremistisch, das heißt verfassungsfeindlich ein.

Die Öffnung der REPs für verfassungsfeindlich eingestufte Gruppierungen zeigte damals schon, wie fadenscheinig die Distanzierungen zu bekannten rechtsextremistischen Gruppen waren, so z.B. bei der Aufnahme der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ im Jahr 1985. So fand auch 1986 der bekannte Neonazi **Michael Krämer** seine politische Heimat bei den REPs.

Bereits 1989 zeigt die Führungsspitze der REPs, daß sie nicht nur mit zwielichtigen Personen besetzt war, sondern daß sie auch ein besonderes Verhältnis zu kriminellen Verhaltensweisen hatte, denen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen folgten und sie daher nicht die Saubermänner der Nation waren, als die sie sich so gerne repräsentierten. Auf Grund von finanziellen Machenschaften nach der bayerischen Landtagswahl im Oktober 1986 im Zusammenhang mit Wahlkampfkostenerstattungen wurde gegen **Franz Schönhuber** ermittelt, weil ca. 1,3 Millionen DM verschwunden waren. Gegen **Franz Glasauer**, damals Landes-Vize in Bayern wurde wegen Volksverhetzung und Beleidigung ermittelt. Er legte zwar seine Ämter als Bezirksvorsitzender ab, war aber nach wie vor Geschäftsführer der „Republikanischen Verlagsgesellschaft“, die das Parteiblatt „Der Republikaner“ verlegt und vertreibt. Gedruckt wird sie zur Zeit bei der Firma K.S.-Druck in Wilhelmshaven.

Gegen **Bernhard Andres**, damaliger Berliner Parteichef und Polizist, auch bekanntgeworden durch seine Prügelszenen in Fraktionssitzungen, **Rudolf Kendzia**, Berliner Abgeordneter, **Alfons Rieger**, damals REP-Fraktionsvorsitzender in Berlin mit engen Kontakten zum Rotlicht-Milieu in Berlin und wirtschaftlicher Berater eines Bordell-Betriebes wurde strafrechtlich ermittelt. **Hans-Joachim Kupka**, ehemals Bezirksvorsitzender der REPs in Niederbayern flüchtete vor der Staatsanwaltschaft ins Ausland. **Hans-Otto Berchem**, der 1989 den Parteibezirk Mittelrhein führte und seine Ehefrau Luise wirtschafteten mit Offenbarungseiden in der Parteikasse. **Jan Büschgens**, 1989 Geschäftsführer und Kreisverbandsvize in Krefeld prellte seine Kollegen um über 600.000 DM.

Halbweltler und Ex-Knackis haben bei den REPs wichtige Parteiämter besetzt. Beispielhaft zeigt sich das in Kassel, wo ehemalige Betrüger und Brandstifter wie der Kreisvorsitzende der REPs, **Horst Steinhof** (Druckerei für die Münchner Parteizentrale), **Günter Elser** (örtlicher Parteikassierer), **Georg Scharf** (Organisationschef des REP-Sozialdienstes) und **Thomas Zappe** (Partei-Kassierer) Parteigeschichte machten. Einige sitzen heute schon wieder im Knast. Der Eisenacher Sozialdienstgeschäftsführer **Georg Marth**, nach seiner Haft wegen Wirtschaftsvergehen Landesschatzmeister der Thüringer REPs im Jahr 1992, brannte mit der Parteikasse durch. Mit der rassistischen Hetze des märkischen REP-Kreisverbandvorsitzenden **Reinhard Wendt** wurde 1993 u.a. durch NRW-Innenminister Schnoor die REP-Beobachtung durch den VS begründet. Trotz Bekundungen des Landesverbandes vor dem Verwaltungsgericht, daß es sich eher um örtliche Auswüchse handele, wurde Wendt kurz danach in den



*1993: Ein Besucher einer "Republikaner"-Veranstaltung in Wunstorf/Niedersachsen*

REP-Landesvorstand gewählt. 1993 wurde durch den Hamburger VS-Chef, Ernst Uhrlau auf Grund von Ermittlungen amtlich bestätigt, daß große Teile der REP-Basis für die Zunahme ausländerfeindlicher Gewalttaten Verständnis äußerten und einzelne auch ihr Einverständnis zeigten. Die Grundhaltungen der REP spiegeln sich auch in den Aktionen der Abspaltungen wider, wie z.B. bei den von den REP in Köln abgespaltenen Fraktion im Stadtrat „Die Bürger", gegen die 1991 auf Grund ihrer verteilten Flugblätter, die zum Rassenhaß anstachelten, von der Staatsanwaltschaft Verfahren wg. Volksverhetzung eingeleitet wurden. In Augsburg gerieten Ende 1991 die Republikaner-Stadträte **Wolfgang Hüttl** und **Anton Steinböck** in die Schlagzeilen, weil sie beschuldigt wurden, Spendengelder unterschlagen zu haben. Auch gegen den Stadtrat **Edmund Buhl** wurde auf Grund seiner aus Polizeibehörden erlangten Daten ermittelt. **Sascha Senst**, von 1991 - 1993 Mitglied der REP-Fraktion in Baden-Württemberg, wurde wegen einem versuchten Brandanschlag auf ein Pforzheimer Jugendhaus verurteilt. Zu dieser Zeit war er in diesem Bundesland Landesvorsitzender der REP-Jugendorganisation „Republikanische Jugend".

Im April 1994 wurde durch den Leiter des NRW-VS, Dr. Achim Baumann, im Rahmen eines Presse-Gesprächs bekannt, daß durch REP eine ganze Reihe von Straftaten im Jahr 1993 begangen wurden. Hierbei wurde eine Scheinhinrichtung benannt, bei der zwei Mitglieder der REPs in Mühlheim einen türkischen Staatsangehörigen zum Anschein hingerichtet haben. Dabei hatte dieser einen Herzinfarkt erlitten, an dem er verstorben ist. Es wurden weitere Straftaten benannt, zu denen Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, gegen das Waffengesetzes (Kreisverband Wuppertal), wegen gefährlicher Körperverletzung nach einer Messerstecherei mit ausländerfeindlichem Hintergrund durch Mitglieder des Kreisverbandes Dortmund, wegen Nötigung und anderen Straftaten gehörten. Weiterhin wurde bekannt, daß REPs, u.a. mehrere führende Parteifunktionäre des Bezirks Mittelrhein, wie z.B. **Alexander W.**, an einem Brandanschlag im rheinischen Bergheim-Zieverich am 6. Oktober 1991 beteiligt waren. Von ihnen wurde dieser Anschlag geplant und auch durchgeführt. Hiervon wußten führende Funktionäre der REP und sie haben parteiintern versucht, diesen Fall zu unterdrücken. Ein Parteimitglied soll die Täter auf der Flucht vor der Polizei bei sich versteckt haben. Es wurde dabei belegt, daß bei den Rechtsextremen hinter verschlossenen Türen „über mögliche Urheberschaft, Mittäterschaft oder Verhinderung der Aufklärung von Straftaten diskutiert" wurde. Schönhuber wußte von diesen Verbrechen. Er wurde mehrfach aufgefordert, die Polizei einzuschalten und den beschuldigten Parteifreund auszuschließen. Trotz der Ermittlungen in diesem Zusammenhang gegen Schönhuber wird die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität als Abgeordneter des Europa-Parlaments nicht beantragt, so die Kölner Staatsanwaltschaft. Die Täter wurden bis heute noch nicht gefaßt. An der Vertuschung in den eigenen Reihen der REPs sollen u.a. der Richter am Landgericht München, **Johann Mühlberger** und der Oberfeldwebel bei der Bundeswehr, **Uwe Goller** beteiligt gewesen sein.

Schönhubers antisemitischer Angriff gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, bleibt ebenfalls ohne Folgen. Die Staatsanwaltschaft Landshut will den Chef der REPs nicht wegen Volksverhetzung strafrechtlich verfolgen. Diese Strafverfahrens-Einstellung steht in der Tradition der „furchtbaren Juristen", die ihrer geschichtlichen Verantwortung nicht gerecht werden und dazu beitragen, daß im Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit immer noch Beleidigungen und Diskriminierungen von Juden als Kavaliersdelikte eingestuft und die Täter begünstigt werden. In diese Tradition paßt auch der „Persilschein" durch Kanther, der die REPs immer noch nicht zu den Rechtsextremisten zählen will. In diesem Sinne entschied nun auch die Innenministerkonferenz.

Mittlerweile erhalten die REPs offene Unterstützung von Neonazi-Kreisen in Form von „Aktionsbündnissen", wie z.B. von **Markus Privenau**. Obwohl die REPs diese Hilfe zurückweisen, gibt es Hinweise auf zukünftige Treffen. Privenau soll bereits eine Einladung der REPs in der Tasche haben. Das solche Formen der Unterstützung bereits funktionieren, zeigen Beispiele aus Niedersachsen, wo im Wahlkampf Mitglieder der „Nationalen Bürgerinitiative" REP-Flugblätter im Bremer Umland verteilten und die Oldenburger Neonazis um **Tim Binar** einen quasi-Sicherheitsdienst für einen REP-Informationsstand organisierten.

In der Zusammenfassung der Diskussion um eine nachrichtlichen Erfassung der REPs durch die VS zeigt sich durch die Einschätzung des Bundesamtes in Köln, daß die REPs keine Verfassungsfeinde sind, sondern daß es „lediglich Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen" in der Partei gebe. Die VS-Behörden sind im Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus ein untaugliches Mittel, das haben sie nicht nur in der Vergangenheit bewiesen. Das Groteske in der heutigen Entwicklung wird u.a. in der Benennung **Heinrich Lummers** zum Obmann der CDU im Bundestagsunterausschuß für Menschenrechte (der wegen seiner engen Kontakte zur NPD und der rechtsradikalen „Wählergemeinschaft der deutschen Volkspartei" und Koalitionsbefürworter mit REP die geringste Gewähr hierfür verspricht) und durch die Forderung der Baden-Württembergischen REPs, zur sofortigen Entlassung der Familienministerin Brigitte Unger-Soyka, weil sie Mitglied der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN/BdA) ist, deutlich. Faschistische Verfassungsfeinde dürfen antifaschistische Zielsetzungen als verfassungswidrig darstellen und werden dabei noch von Politikern der CDU unterstützt und Rassisten werden für die Einhaltung von Menschenrechten bestimmt. „Gerade heute", so Unger-Soyka, „ist die Zeugenschaft der Verfolgten des Naziregimes wichtiger denn je".

## Europa-Parlament

Zur vierten Direktwahl zum Europäischen Parlament werden 26 Parteien antreten. Darunter befinden sich auch zahlreiche rechte bzw. rechtsextreme und obskure Parteien. Neben den „Republikanern" und der „Bayernpartei" kandidieren aus dem Bereich der militanten Lebensschützer die „Christliche Mitte - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten" (CM), „Christliche Liga - Die Partei für das Leben" (CL) und die „Partei Bibeltreuer Christen" (PBC). Es treten weiterhin die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität", vormals „Patrioten für Deutschland", die „Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands (APD)", der „Bund freier Bürger" (BfB), die „Deutsche Soziale Union" (DSU), die „Naturgesetz-Partei, Aufbruch zu neuem Bewußtsein - Naturgesetz -" und die NPD an. Die „Patrioten für Deutschland" konnten bei der letzten Europawahl vom 18. Juni 1989 12.904 Stimmen auf sich vereinen. Die Zulassung verfehlt hat u.a. der rechtsradikale „Bund für Gesamtdeutschland - Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft DIE NEUE DEUTSCHE MITTE" (BGD). Die neonazistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) scheiterte bereits an den erforderlichen 4.000 Unterstützungsunterschriften. Nach Eigenangaben gelang es der FAP lediglich rund 3.600 Unterschriften zu sammeln. 1989 trat die FAP zur Europawahl an und erreichte 20.107 Stimmen bzw. 0,1 Prozent. Die DVU und die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" hatten bereits im Vorfeld der Abgabefrist ihren Verzicht auf die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament erklärt.

## REP-Kandidatur

**Ingrid Schönhuber** (59), Ehefrau des „Republikaner"-Bundesvorsitzenden **Franz Schönhuber** (71), wird bei der Kommunalwahl in München am 12. Juni 1994 nicht wieder für die REP antreten. Bei der Kommunalwahl vom 18. März 1990 erreichten die Münchener REP ein Ergebnis von 7,3 Prozent und sechs Sitzen. Ingrid Schönhuber legte im Sommer 1992 nacheinander den Fraktionsvorsitz und das Sprecheramt der REP nieder. Ihr Nachfolger wurde der Richter Dr. **Heinz Friedrich Kremzow** (49), ehemaliger JU-Bezirksvorsitzender von München und Mitglied des Landesausschusses der JU Bayern. Kremzow, der im übrigen auch dem Bundesvorstand der REP als Beisitzer angehört, wird als Spitzenkandidat der „Republikaner" antreten. Ihm folgen auf den Plätzen zwei bis vier der Polizist **Ludwig Nagler**, der Politologe **Ulrich Echtler** und der Polizist **Eckhard Schneider**.

## Nur zwei Beamte

Auf eine Anfrage der Linken Liste/PDS erklärte des Bundesinnenministerium, daß lediglich zwei Beamte bekannt seien, die Mitglied der „Republikaner" wären. Eine Auswertung der KandidatInnenlisten der REP zu den diesjährigen Wahlen hätte die „Verfassungsschützer" bereits zu anderen Ergebnissen geführt.

Yasmin Khan

# Ein Herz für die "Republikaner":

## Die Bundeszentrale für politische Bildung

**Die Bundeszentrale für politische Bildung sieht es als eine ihrer Aufgaben an, den demokratischen Grundkonsens zu stärken und auf diesem Fundament die Entwicklung einer am rationalen Dialog orientierten Streitkultur zu fördern. Dafür bedient sie sich schon mal der Argumentation der "Republikaner" und empfiehlt rechtsradikale Literatur.**

Laut ihrem Organisationserlaß hat die Bundeszentrale für politische Bildung die Aufgabe, „durch Maßnahmen der politischen Bildung im deutschen Volke Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewußtsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken". Erreicht werden soll dies u.a. dadurch, daß „wissenschaftlich fundierte Informationen zu den Grundfragen der Politik" bereitgestellt werden.

Zu ~~den zahlreichen, kostenlos angebotenen~~ Materialien, zählen auch die „Informationen zur politischen Bildung", eine Broschüre, die „in erster Linie für den politischen Unterricht in den Schulen bestimmt" ist. Gemäß der eigenen Zielsetzung „aktuelle Themen" aufzugreifen, erscheint folgerichtig das Heft 4/92 mit dem Titel „Ausländer".

Unter dem Stichwort „Multikulturelle Gesellschaft" findet sich dort ein Artikel mit der Überschrift „Multikulturell, was ist das?" eines gewissen **Jan Werner**. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus seinem Buch „Die Invasion der Armen. Asylanten und illegale Einwanderer", erschienen im Verlag von Hase und Koehler aus Mainz. Dieser Verlag erscheint regelmäßig im Buchdienst der neofaschistischen Zeitschrift „Nation Europa", deren „Hauptschriftführer" das langjährige NPD-Mitglied, Vorstandsmitglied der faschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" und Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" **Peter Dehoust** ist. Ein solches Umfeld scheint den Verantwortlichen der Bundeszentrale für politische Bildung ebenso entgangen zu sein, wie das momentane politische Wirken des Autoren „Jan Werner".

In der Broschüre findet sich lediglich der Hinweis auf seine politische Vergangenheit als „Leiter der innenpolitischen Abteilung im Presse und Informationsamt der Bundesregierung". Verschwiegen wurde die jüngere politische Karriere des "Jan Werner" alias Dr. **Hans Werner Müller**, der nach seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand im Jahre 1978 (!) wieder aktiv geworden ist. Seit dem Herbst 1991(!) ist er stellvertretender Vorsitzender der Berliner "Republikaner" und bei den Kommunalwahlen im Mai 1992 führte er „den marodesten Landesverband des Franz Schönhuber auf stolze 8,3%".

Bereits im November 1991 gab "Jan Werner" in der Zeitung „Junge Freiheit" auf zwei Seiten unter der Überschrift „Die Invasion der Armen", Auszüge aus seinem Buch zum besten. Dort konnte man sich informieren über die „steigenden Asylantenzahlen", zunehmende „Ausländerkriminalität" und den „Mißbrauch des Asyls", der es jedem ermögliche „in die Bundesrepublik zu kommen und, wenn er es nur geschickt anstellt, auch hier zu bleiben und auf unbestimmte Zeit zu leben". Menschen („Zuwanderer") werden als „Kostgänger" diffamiert und „Zuwanderung" als „Unterschichtung" bezeichnet. Die pseudowissenschaftliche These „das, was sie können wird nicht gebraucht, das, was gebraucht wird, können sie nicht", findet sich hier ebenso, wie die Forderung nach Streichung der Entwicklungshilfe als ein Gebot der „Vernunft, sich mit dem zusammenzutun, der einem letzlich mehr nutzen wird, vor allem, der einem näher steht: in Kultur, Religion, gemeinsamer Geschichte, auch Mentalität - also Osteuropa?" Abschließend resümiert der Autor: „Europa muß sich abschotten. (...) Das Chaos des Südens, seine Massenarmut, alle seine unlösbaren Probleme, vor allem seine Menschenmassen müssen außen vor den Grenzen Europas bleiben."

Ein wirklich gutes Argument um dem Ziel der Bundeszentrale für politische Bildung möglichst nahe zu kommen „im deutschen Volke Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern".

Das auf 266 Seiten ausgebreitete Gedankengut von "Jan Werner" wird von dem verantworlichen Redakteur der „Informationen zur politischen Bildung", **Horst Pötzsch**, in der Rubrik „Literatuthinweise" positiv bewertet, als „umfassende Darstellung einer verfehlten Innen- und Außenpolitik der Industrieländer, die zu einer Verschärfung der Asylproblematik geführt hat. Der Autor kritisiert insbesondere die einseitige Behandlung des Themenkomplexes Asyl durch Politiker und Medien und verdeutlicht die wirtschaftliche und kulturelle Diskrepanz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern".

In Anbetracht der Umsetzung staatlicher Asylpolitik ist die Heranziehung solcher Literatur allemal dazu geeignet „den demokratischen Grundkonsens zu stärken".

Christoph Seils

# Die "Republikaner" im Osten

## Soziale Demagogie und nationale Parolen

"Mir ist ein ehemals überzeugter Kommunist lieber als ein Anhänger der Blockparteien", so verkündete es Franz Schönhuber kürzlich in einem Interview mit der neurechten Wochenzeitung "Junge Freiheit". Dieses Signal ist an die Menschen in den neuen Bundesländern gerichtet. Dort wollen die "Republikaner" unter ehemaligen SED-Genossen und NVA-Angehörigen Mitglieder und Wähler gewinnen.

Einerseits bringen sie die "Leitungserfahrung" mit, um den Chaosverein in den ostdeutschen Landesverbänden auf Vordermann zu bringen. Andererseits hoffen Schönhuber und Co. dort mit ihren nationalen und obrigkeitsstaatliche Parolen auf Wohlwollen und Sympathie zu stoßen.

"Reichen wir jenen die Hand, die als Idealisten von den Roten genauso mißbraucht worden sind wie zwei Generationen vor ihnen Idealisten von den Braunen." Mit diesem Brückenschlag hatte **Schönhuber** bereits auf dem Bundesparteitag der "Republikaner" im Juni 1993 in Augsburg eine nationale Versöhnungsinitiative gestartet.

Schönhuber versucht sich dabei das Bedürfnis vieler ehemaliger DDR-Bürger und auch vieler ehemaliger SED-Mitglieder, die ein neues Verhältnis zur Nation im vereinten Deutschland suchen, zunutze zu machen. Viele fühlen sich gesellschaftlich entwurzelt und politisch heimatlos. Sie sind schon lange bevorzugte Zielgruppe konservativer und rechtsextremer Ideologen. Nationale Symbole spielten in der SED-Doktrin der "sozialistischen Nation DDR" eine wesentliche Rolle beim Bemühen um Identitätsstiftung. "Im übrigen", so Schönhuber, "ist die damalige DDR weit weniger russifiziert worden als wir im Westen amerikanisiert worden sind".

Nach der Öffnung der Mauer im November 1989 wähnten sich die "Republikaner" bereits kurz vor dem endgültigen Dürchbruch in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Bereits bestehende Kontakte nutzten sie, um im Herbst 1989 unter DDR-Bürgern massenhaft Flugblätter zu verbreiten. Die Welle nationaler Euphorie sollte die "Republikaner" in den Bundestag tragen. Gebetsmühlenartig betonte Franz Schönhuber, die "Republikaner" seien die einzige westdeutsche Partei, die immer und kompromißlos für die Wiedervereinigung eingetreten sei und ostdeutsche Mitglieder der "Republikaner" präsentierten sich mit Vorliebe als "Opfer der SED-Diktatur".

Doch der erhoffte Einzug in den Bundestag wurde verfehlt: Mit der "Allianz für Deutschland" setzten sich die Unionsparteien

an die Spitze des Re-Nationalisierungsprozesses. So können die Unionsparteien einen Großteil des rechtsextremen Wählerklientels wieder an sich binden. Selbst Sympathisanten hielten die "Republikaner" in der historischen Situation für überfordert. Allerdings hatten die "Republikaner" bei den Bundestagswahlen 1990 in einigen ehemaligen Garnisionsorten der NVA bis zu 7,1% der Wählerstimmen gewonnen.

Schon bei den Bundestagswahlen 1990 zeigte sich jedoch, und bei den Berliner Kommunalwahlen im Mai 1992 bestätigte sich der Trend, daß das Wählerpotential der "Republikaner" im Westen wesentlich höher ist als im Osten. Bei den Bundestagswahlen lag das Ergebnis in den neuen Bundesländern mit 1,3% deutlich unter dem in den alten Bundesländern (2,3%) und bei den Berliner Kommunalwahlen erzielten die "Republikaner" im Westteil der Stadt 9,9% während es im Osten nur 5,8% waren. Wahlforscher stellen fest, daß das Wahlverhalten in Westberlin in starkem Maße Ausdruck rechtsextremer Gesinnung ist, während es sich im Osten vor allem um ein diffuses Protestverhalten handelt.

Tragfähige Parteistrukturen konnten die "Republikaner" in den neuen Bundesländern bislang nicht aufbauen. Zwar spricht Schönhuber auch im Osten von steigenden Mitgliederzahlen und von gefestigten Landesverbänden, aber das Gegenteil ist der Fall. Nicht viertausend Mitglieder, wie Schönhuber behauptet, sondern kaum mehr als die Hälfte - von denen nochmals weniger als 50% aktiv sind - gibt es in den neuen Bundesländern. Selbst vier Jahre nach der Vereinigung sind die "Republikaner" noch lange nicht in allen Städten und Kreisen präsent. Zusätzliches Handikap für die Schönhuber-Partei ist das inzwischen stark ausgeprägte Mißtrauen der Ossis gegen alles was aus dem Westen kommt, vor allem gegenüber westdeutschen Heilsbringern. Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg im Dezember 1993 kandidierten sie mit äußerst magerem Ergebnis nur in zwei Städten. In Brandenburg gibt es nicht einmal 100 aktive Parteimitglieder.

Doppelt soviele Mitglieder hatte allein im Bereich Cottbus die inzwischen verbotenen "Deutschen Alternative" (DA). Den gewaltbereiten Jugendlichen und der rechtsextremen Subkultur in Ostdeutschland sind die "Republikaner" zu brav und zu bieder. Aber trotzdem fällt es den "Republikanern" schwer sich von diesen abzugrenzen. Als öffentlich wurde, daß die "Republikaner" des Landesverbands Sachsen Sympathie für das rassistische Pogrom in Rostock zeigten, bei dem "Jugendliche auf ihre Art" mit "widerlichen Zuständen" Schluß gemacht hätten und die "Machthaber" in Bonn "anscheinend nur die Sprache der Gewalt" verstünden, eilte Bundesorganisationsleiter **Udo Bösch** nach Sachsen und enthob den Landesvorsitzenden **Winfried Petzold** seines Amtes. Ein Parteiausschluß scheiterte jedoch am Widerspruch der Parteibasis.

Petzold war einer von vier Landesvorsitzenden, die im vergangenen Jahr von der Parteispitze amtsenthoben wurden, um das Chaos in den östlichen Landesverbänden in den Griff zu bekommen. Seitdem leitet der ehemalige SED-Professor für marxistisch-leninistische Soziologie, **Günter Bernard**, den Landesverband Sachsen. Und in Brandenburg steht gleich ein Duo an der Parteispitze, das in der SED Leitungserfahrung gesammelt hat: Landesvorsitzender ist der ehemalige Leiter des Tierhygiene-Instituts Eberswalde **Wolfgang Kurzweg**, sein Stellvertreter **Herrmann Fleming** war Oberst der NVA. Doch der Rückgriff auf "sozialistische Bonzen", die sich wieder "alles unter den Nagel reißen", stößt nicht überall in der Partei auf Gegenliebe. Schließlich gefallen sich viele Mitglieder gut in der Rolle des ewigen Opfers.

Das Vorzeigeopfer der ostdeutschen "Republikaner" ist **Rudolf Krause**, der im Mai vergangenen Jahres die CDU-Fraktion im Bundestag verließ. Mit seiner völkischen "Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen" hat Krause viel Aufsehen erregt, doch seit seinem Übertritt zu den "Republikanern" ist es um ihn still geworden. Im Bundestag beschränkt sich Krause fast ausschließlich darauf, der Bundesregierung nachzuweisen, sie schreibe aus dem "Republikaner"-Programm ab. Doch so lassen sich im Osten keine Wähler gewinnen.

Bewußt versuchen sich die "Republikaner" dort als "national-sozialdemokratische" Partei zu präsentieren; schließlich ist es kein Geheimnis, daß mit wohlstandschauvinistischen und wirtschaftsliberalen Parolen in den neuen Bundesländern kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Nicht vom "Sozialhilfemißbrauch" war etwa auf einer Wahlkampfveranstaltung der "Republikaner" in Eisenhüttenstadt die Rede, sondern davon, daß die Ostdeutschen nicht länger zu "Almosenempfängern" degradiert werden dürften. "Arbeit für alle" und "gleichen Lohn" sowie staatliche Unterstützung für die LPG-Nachfolgegenossenschaften forderten dort die brandenburgischen "Republikaner" und in einer programmatischen Erklärung des Landesverbands wird sogar vom "reaktionären Liberalismus" gesprochen, der in Ostdeutschland ganze Wirtschaftszweige ruiniert und zur Verelendung ganzer Regionen beigetragen habe. Damit stehen die Brandenburger im vollkommenen Gegensatz zum neuesten Bundesprogramm ihrer Partei, wo sie u.a. einen radikalen Subventionsabbau und die Zurückdrängung von staatlichen Eingriffen in der Marktwirtschaft fordern sowie sich zur leistungsorientierten Gesellschaft bekennen. In der Propaganda der ostdeutschen "Republikaner" werden dagegen Parallelen zum NSDAP-Flügel um die Gebrüder **Strasser** deutlich, der sich vor 1933 durch ausgeprägte soziale Demagogie hervortat.

Sönke Braasch

## "Deutsche Nationalisten"

Die im vergangenen Jahr von **Michael Petri** (geboren am 1.7.1972) gegründeten „Deutschen Nationalisten" (DN) umfassen gegenwärtig vier Landesverbände. Neben den Landesorganisationen in Hessen und Thüringen etablieren sich die „Deutschen Nationalisten" auch in Bayern und in Nordrhein-Westfalen. Vorsitzender des am 27. November 1993 gegründeten Landesverbandes Hessen ist der 25jährige Arbeiter **Andreas Schulz**, der bei der hessischen Kommunalwahl vom 7. März 1993 in Bad Hersfeld für die NPD kandidierte. Sein Stellvertreter **Martin Tietz** aus Kassel war bis 1993 Mitglied der FAP und Macher der militanten Skinzines „Kurhessen-Post" und „Der Frontkämpfer". Der Schatzmeister **Andreas Orf** kommt aus der Wiesbadener Skinhead-Szene. In Thüringen steht mit **Kerstin Krönert** eine Frau dem Landesverband der „Deutschen Nationalisten" vor. Sie soll zusammen mit **Melanie Herm**, der Freundin Michael Petris, die „Deutsche Frauenfront" (DFF) reaktivieren. Krönerts Stellvertreter im Landesvorsitz der thüringischen „Deutschen Nationalisten" ist **Sven Zimmermann**, das Amt des Schatzmeisters bekleidet **Thomas Kreyszler**. Besonders pikant ist diese Gründung vor dem Hintergrund der offiziellen Einschätzung durch die Behörden in Thüringen, es gebe „keine Organisationsstrukturen" im „neonazistischen Bereich".

Dem im Januar 1994 ins Leben gerufenen Landesverband Bayern steht **Oliver Heinle** vor. Vergangenen Sommer warb Heinle noch mittels „Nationalem Infotelefon" Mainz für seinen kurzlebigen „Freundeskreis Deutschland vorn", ehe er zu den „Deutschen Nationalisten" stieß. Sein Stellvertreter ist **Robert Iwanzik**, Schatzmeister **René Dathe**. Im März dieses Jahres wurde der Landesverband Nordrhein-Westfalen gegründet. Den nordrhein-westfälischen Landesvorstand bilden **Robert Langnicke** als Vorsitzender, **Sven Schwertfeger** als Stellvertreter und **Michael Betz** als Schatzmeister. Betz gehörte zuvor dem Umfeld der Kühnen-Truppe „Der Deutsche Weg" an. Aus dem nordrhein-westfälischen Landesverband der „Deutschen Alternative" wurde am 20. Oktober 1991 der 30 Mitglieder starke Ableger der neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) „Der Deutsche Weg".

Der Bundesvorstand der am 21. Juli 1993 konstituierten „Deutschen Nationalisten" besteht aus den juvenilen Neonazis Michael Petri, **Ilias Casteas** und **Dirk Poser**. Michael Petri kündigte die Gründung weiterer DN-Landesverbände in Rheinland-Pfalz, Berlin und Niedersachsen in den nächsten Wochen an. Den aktuellen Mitgliederstand der „Deutschen Nationalisten" bezifferte Petri mit „über 200 Mitglieder". Sollte die FAP vom Bundesverfassungsgericht verboten werden, stünde bis dahin eine andere bundesweite neonazistische Organisation bereit.

Andreas Speit

# „Der Griff nach der Bevölkerung“

## Bio-Politik zwischen Gestern und Morgen bei den "Republikanern" und anderen

**Die „Sorge um das deutsche Volk“ hegen nicht nur Neofaschisten. Bevölkerungspolitische Theorien, Konzepte und Maßnahmen haben Konjunktur. Die alte neue „Soziale Frage“ soll gelöst, der Bestand des deutschen Volkes gesichert werden. Biologismus, Sexismus und Rassismus, kombiniert mit Sozialdarwinismus erleben als zentrale Elemente bevölkerungspolitischer Entwürfe eine Renaissance und sind auf dem besten Wege eine kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft zu erlangen, die sich im besonderen in der Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik manifestiert und institutionalisiert. Diese Tendenzen und Prozesse sind nicht neu und stehen in einer tödlichen Tradition, an welche die "Republikaner" mit ihrer Programmatik und dem theoretischen Backround der „Neuen Rechten“ anknüpfen.**

Neu verpackt und etikettiert, werden die drei Felder der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik, die „rassen- und sozialhygienische Gesundheitserziehung“, die Zwangssterilisation und die Euthanasie und darin impliziert die eugenische Züchtung „rassisch höherwertigen Lebens“, bzw. dessen Schutz, von den "Republikanern" offeriert.

So ~~finden sich Aussagen zur Bevölkerung~~sоptimierung und zum Schutz des Volkes im Programm der "Republikaner" folgerichtig in den Kapiteln: Deutschland - Außen und Sicherheitspolitik; Innere Sicherheit; Familie, Frauen, Jugend ...; Arbeit und Soziales; Wissenschaft und Kultur; Gesundheit und Sport und Kirche und Religion. Die "Republikaner" fordern als entscheidenden Schritt, die Ehe zwischen Mann und Frau und die Familie unter den besonderen Schutz des Staates zu stellen, „weil sie grundsätzlich durch die aus der Ehe hervorgegangenen Kinder den entscheidenden Beitrag zur Fortexistenz der Gesellschaft leisten“. Die Mißachtung der Familien als „Keimzelle eines Volkes“ und die Negierung der „natürlichen Rolle der Frau“, im Namen der Emanzipation und Gleichberechtigung, verursache, nach ihnen, den „dramatischen Geburtenrückgang in Deutschland“, was sich schon heute im Sozialbereich, bei der Altersversorgung und in der Volkswirtschaft negativ auswirke und letztendlich den Bestand des deutschen Volkes gefährde. Desweiteren sehen sie durch die „Masseneinwanderung aus fremden Kulturkreisen nach Deutschland“ die „natürlichen Lebensgrundlagen“ in Deutschland gefährdet, und es wird betont, daß sich durch diese „Massenzuwanderung“ keine Strukturprobleme der Sozialversicherungen lösen lassen, sondern sich unlösbare neue Probleme für die Zukunft auftun, die nur durch eine gezielte Familienpolitik in den Griff zu bekommen sein.

### Frauen und „Ungeborenes Leben“

Um dies in den Griff zu bekommen, werden zum einen Frauen und zum anderen das ungeborene Leben ins Visier genommen.

So werden, um die „Gebärbereitschaft“ zu erhöhen, familienentlastende Maßnahmen, z.B steuerliche Entlastungen, zinsgünstige Familiendarlehen, Zahlung des Kindergeldes schon während der Schwangerschaft, der Ausbau der Kindergartenplätze und die Einrichtung von Betriebskindergärten gefordert. Als Tribut an die „neue Situation der Frau“ fordern die „Republikaner“, daß der berufliche Wiedereinstieg nach der Schwangerschaft erleichtert werden muß, und daß Alleinerziehende frühestmöglich in die Lage versetzt werden müssen, ein eigenständiges Leben aufzubauen.

Das ungeborene Leben bedarf des größten Schutz~~es, gerade vor den Frauen, die~~ nicht überzeugt werden können. Jede Form der Fristenlösung wird abgelehnt und die Beibehaltung des §218 im Strafgesetzbuch propagiert. Abgelehnt werden „Adoptionskinderhandel“ und „Ehevermittlungsgeschäfte aus der Dritten Welt“, die Reinheit des Blutes wäre ja gefährdert. Bezugspunkt und Prämisse ihrer Sozial- und Familienpolitik werden deutlich: das Wohl der deutschen Volksgemeinschaft.

### Volksgemeinschaftsideologie

Denn die Solidargemeinschaft hat Grenzen, und die beginnen dort wo die (Volks-)Gemeinschaft als gefährdet angesehen wird. „Solidarität kann es aber nicht mit allem und jedem geben. Sie ist vielmehr auf die Überschaubarkeit der an ihr teilhabenden sozialen Schichten unseres Volkes angewiesen. Solidarität über alle Grenzen hinweg verliert ihren Sinngehalt und ihre Akzeptanz. Nur eine homogene Bevölkerung ist in der Lage, solidarisches Verhalten als Norm praktisch zu verwirklichen“. Es geht nicht um „Steuerungsprobleme in der Sozialpolitik, sondern um eine Grundsatzkorrektur mit dem Ziel, von der Symptomtherapie zur Ursachenforschung überzugehen“. Der massenhafte Mißbrauch von Sozialleistungen ist eine Tatsache und muß unterbunden werden“, fordern die „Republikaner“. In diesem Kontext treten neben den Frauen, die nicht auf dem „rechten“ Weg sind, Flüchtlinge, „Behinderte“, Kranke und sog. Leistungserschwindler, „Sozialschmarotzer“ als „Volksfeinde“ auf, vor denen die Volksgemeinschaft geschützt werden muß. Selbiges gilt für alle Menschen, die nicht die richtige „Lebensform“ führen, z.B. Homosexuelle.

Um den „Traum“ der „homogenen Bevölkerung“ zu verwirklichen, wird, zwischen den Zeilen, eine in sich geschlossene biologistische, rassistische und sexistische, sprich faschistische Bevölkerungspolitik, als Weg zur „völkischen Nation“ dargelegt. Daß dieser Gestaltungswille nicht direkt im Programm steht verwundert nicht, schließlich sollen die Aussagen keiner Verbotsforderung dienlich sein. Deutlicher geht es in den Versammlungen und an den Stammtischen zu.

Ebenso klar formuliert die „Neue Rechte“ diesen Gestaltungswillen der Bevölkerungsoptimierung, mit dem sie den "Republikanern" argumentativ und theoretisch zur Seite ~~stehen~~:

Diese Position faßt Patrick Moreau in sechs Punkte zusammen:

„1. Die Qualität der Nachkommen muß Vorrang gegenüber ihrer Zahl haben. Das bedeutet:
nicht quantitative, sondern qualitative Bevölkerungspolitik.
2. Staatliche Familienplanung darf daher nicht um jeden Preis kinderreiche Familien fördern; denn zwei Kinder aus einer erbgesunden Familie sind wünschenswerter als fünf Kinder mit zweifelhaftem oder krankem Erbgut.
3. Die staatliche Familienförderung (Kindergeld, Steuerermäßigungen etc.) muß überprüft und unter Berücksichtigung eugenischer Erkenntnisse neu gestaltet werden. Für Europa ergibt sich folgender Prioritätenkatalog:
4. Förderung der Forschung in den Bereichen Eugenik, Anthropologie und Bevölkerungspolitik.
5. Kontrolle und spätere Beendigung der Verschiebung großer Volksgruppen.
6. Geburtenkontrolle unter dem Gesichtspunkt einer positiven Eugenik, d.h. qualitative Bevölkerungspolitik“ (1.)

### Die „LebensschützerInnen“

Schon immer war der „Lebensschutz“ ein eigenständiges Thema in faschistischen und neofaschistischen Strukturen und deren Ideologien. Mit Hilfe der „Neuen Rechten“ wird der „Lebensschutz“ lediglich durch den Begriff „Bio-Politik“ ersetzt oder aber zumindest mit den neuen Inhalten wie z.B. bei der FAP, der DVU, der "Nationalen Liste" und dem „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL) unterfüttert. Daß sie keine „Euthanasie“-Maßnahmen und Zwangssterilisationen offen propagieren, liegt eher an einer „historischen Scham“ und an taktischen Überlegungen, als daß sich das Denken geändert hätte. Eine Ausnahme bildet die „Deutsche Frauen Front“, sie fordert offen eine Zwangsabtreibung bei „nicht behebbaren Schädigungen“ des Embryos (2.).

Doch nicht nur im Neofaschimus findet das



„bio-politische Programm", die Bio-Politik und -Ethik große Beachtung. Die klassischen „Lebensschutz"-Organisationen: Europäische Ärzteaktion (EÄA), Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V. (JVL), Aktion Leben e.V. (AL), Aktion Lebensrecht für alle (ALfA) u.a. bedienen sich ebenso immer mehr der Bio-Ethik im neu-rechten Sinne, um ihre Inhalte und Forderungen zu untermauern.

Direkte personelle Kontakte und organisatorische Beziehungen zum Neofaschismus werden gern abgestritten, bestehen aber über dritte Organisationen wie der „Ludwig Frank Stiftung", dem „Hilfskomitee Südliches Afrika" und über Tagungen des „Studienzentrums Weikersheim", als auch über „neu-rechte" Periodika wie Mut, Criticón, Junge Freiheit, Europa Vorn. **Klaus Motschmann, Alexander Evertz** (beide führende Mitglieder in der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V. (ENID), **Siegfried Ernst** (EÄA), **Hedwig Seelentag** (ALfA), **Elisabeth Motschmann** (Vorsitzende der Sammlung bekennender evangelischer Frauen) sind mit die schillernsten Personen zwischen Neofaschismus und Lebensschutz (3.).

Versatzstücke und Fragmente des bio-politischen Programms haben sich aber schon längst aus diesem Dunstkreis gelöst und manifestieren sich peu à peu in dem vorherrschenden bevölkerungspolitischen Diskurs. Nicht nur, daß die selben Begriffe und die gleiche Sprache verwendet werden („Leistungserschwindler", „Sozialschmarotzer", „Arbeitsfaule" etc.), es liegt auch die gleiche Analyse zugrunde und es werden, fast deckungsgleich, identische bevölkerungspolitische Maßnahmen angestrebt.

Diese Tendenzen sind auch Teil der Frauen-, Familien-, Jugend- und Sozialpolitik der CDU/CSU, FDP und SPD, sowie des „neuen" Eugenik-Diskurses, eingebettet in die Kosten-Nutzen-Kalkulationen der Bevölkerungsstrategen, die seit Anfang der 80er Jahre forciert wurden.

Einhergehend mit dieser Forcierung schimmert immer deutlicher der biologistische, rassitische und sexistische Gehalt der bevölkerungspolitischen Maßnahmen und Konzepte durch.

## Bevölkerungspolitik nach innen

Wesentlich leiser und sauberer läuft die Bevölkerungspolitik nach innen. Der §218-Entscheidung 1993 des Bundesverfassungsgerichts liegt die Einschätzung zu Grunde, daß „Männer wie Frauen vielfach ihre eigenen Lebensvorstellungen überbewerten und diese auch dann nicht zurückzustellen bereit sind, wenn es bei objektivem Nachvollziehen ihrer individuellen Lebenssituation unzumutbar erscheint" (4.). Die "Republikaner" formulierten es etwas anders, meinen aber dasselbe. Anders formuliert, aber auch gleich gemeint, hebt das Bundesverfassungsgericht hervor, daß die eugenische Indikation rechtmäßig sei und gegebenenfalls über die Krankenkassen abzurechnen sein könnte. Alte Traditionen der Geburtenkontrolle werden gepflegt.

Das von den "Republikanern" geforderte „Umdenken", weg von der „Selbstvergessenheit" und den Individualismus, gekennzeichnet durch unsolidarisches Denken und Handeln auf Kosten der Gemeinschaft hin zum „rechten" Selbstverständnis zur Genesung des deutschen Volkes wird von Teilen des Lebensschutzsspektrums und der CDU/CSU sowieso geteilt, und auch innerhalb der Krankenkassen diskutiert. Zentrale Frage ist, wie bei den "Republikanern", inwieweit die Selbstverursachung von Krankheit auch selbst getragen werden soll, um die volkswirtschaftlichen Kosten zu begrenzen.

Aber so ganz traut z.B. die AOK ihren VersicherungsnehmerInnen nicht zu, den „neuen Zeitgeist" verinnerlicht zu haben. Ein Beispiel: für ihr Präventions-Programm organisierte die AOK eine groß angelegte Werbekampagne. Auf Großflächen-Plakaten konnte gelesen werden: „Gesundheit macht reich, Gesundheit macht jung, Gesundheit macht schön" (5.). Die DAK indes propagierte indirekt in ihrem Kinowerbespott, daß „in einem gesunden Körper auch ein gesunder Geist steckt", der nicht durch Rauchen, Trinken etc. geschädigt werden darf.

Die Verbindungen zur NS-Terminologie der „Gesundheits- und Wohlfahrtspflege" liegt nahe. Der propagierte theoretische und ideologische Überbau ebenso.

Ziel und Intention bevölkerungspolitischer Maßnahmen ist die „Vereinnahmung des Lebens durch die Macht" (Foucault (6.)). Die Regulierung menschlichen Lebens, der Sexualität und der Fortpflanzung wird angestrebt und, darin immanent, es wird versucht zu beeinflussen, wer leben darf und sterben soll. Bevölkerungspolitische Visionen und Utopien kamen und kommen nicht ohne reaktionäre Inhalte, biologistische, sexistische und rassistische Theoreme aus. Zur vollen Tragweite kamen sie in der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik, welche sowohl in der theoretischen Herleitung, als auch in der konkreten Umsetzung auf die „Sozialutopien" (7.) zurückgriffen, die in der Anthropologie, Medizin, Psychiatrie, „Rassenhygiene" und Philosophie schon bei der Entstehung der einzelnen Wissenschaften auftauchten. Primär richtet sich Bevölkerungspolitik gegen die Frauen.

Als ein Instrument bürgerlicher Herrschaft bewegen sich bevölkerungspolitische Überlegungen kontinuierlich zwischen reaktionären und faschistischen Gesellschaftsvorstellungen. Welche Rolle die "Republikaner" hierbei spielen wird zweitrangig, wenn die bürgerlichen Parteien die Faschisierung der Gesellschaft als eine Lösungsvariante für sozialökonomische Probleme diskutieren und praktizieren.

**Anmerkungen:**

(0.) Der Titel ist übernommen von; Kaupen-Haas, Heidrun (Hg.): Der Griff nach der Bevölkerung, Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Nördlingen, 1986.

(1.) Moreau, Patrick zitiert nach: Reinfeld, Sebationa; Schwarz, Richard: Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten, Duisburg, 1992.

(2.) Ritter, Barbara: „Lebenschützer" und Rechtsextremisten, in: Frauen gegen den §218 Bundesweite Koordination (Hg.): Vorsicht Lebenschützer, Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner, Hamburg, 1991.

(3.) siehe 2. und: Rieck, Martina: Die evangelische Kirche und evangelikale „Lebenschützer", in 2..

(4.) Kuhlmann Jan: Gesellschaftliche Geburten-Kontrolle, in randschau, Nr. 6, Nov./Dez. 1993.

(5.) siehe: randschau, Nr. 6, Nov./Dez. 1993.

(6.) Foucault, Michel: Leben machen und sterben lassen, Die Geburt des Rassimus: in 1.

(7.) siehe in: Drechsel, Klaus-Peter: Beurteil, Vermessen, Ermordet, Die Praxis der Euthanasie bis zum Ende des deutschen Faschismus, Duisburg, 1993.

## Konzentrationsprozeß

Die März-Ausgabe der im Oktober 1990 gegründeten „Deutschen Rundschau" (DR), Hauspostille des gescheiterten Sammelbekkens rechtsextremer Kräfte, der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), teilt ihren LeserInnen mit, daß ab April die DR dem monatlich erscheinenden Periodicum „Nation+Europa" (NE) einverleibt wird.

Begründet wird die Fusion damit, daß beide Blätter „seit eh und je den gleichen politischen Kurs" verfolgen. Tatsache ist, daß es der DR nicht gelungen ist, größere LeserInnenkreise außerhalb der eigenen Partei anzusprechen und zu einem Abonnement zu bewegen.

Mit der Einverleibung der DR hat NE (Untertitel: „Deutsche Monatshefte zur Europäischen Neuordnung") den Konzentrationsprozeß im „nationalen Lager" weiter beschleunigt. So hat NE u.a. 1990 die NS-orientierten „Deutschen Monatshefte" von **Gert Sudholt** (Verlagsimperium Druffel/Türmer/Vowinckel), Ziehsohn von **Helmut Sündermann**, einst stellvertretender Reichspressechef der NSDAP, geschluckt, und 2 Jahre später den „K.W. Schütz Verlag" (Preußisch Oldendorf) übernommen.

## Bettelbriefe

In einen Bettelbrief an die Bezieher des rechtsextremen Magazins „Nation" kündigte deren Chefradakteur **Adrian Preißinger** eine Umsiedlung in ein „verfolgungssicheres Land" an. Dort habe er die Möglichkeit, „ein kleines Häuschen zu erwerben, um unsere komplett eingerichteten Arbeitsstrukturen, Maschinen und die Telekommunikation dort zu etablieren."

Benötigen würde Preißinger für diese „Emigration" ca. 60000 DM. Im Zweifelsfall bestünde die Möglichkeit, „die Angelegenheit auch als vertraglich geregeltes Privatdarlehen laufen (zu) lassen."

Gerlef Gleiss

# Rechtsradikale Gewalt an behinderten Menschen

**Eine junge Frau im Rollstuhl bezichtigte in Halle - wie sich später herausstellt wohl zu unrecht - rechtsradikale Skinheads, ihr ein Hakenkreuz in die Wange geschnitten zu haben. Daraufhin demonstrierten über 10.000 Menschen in Halle gegen die rechte Gewalt. Auch die gesamte Presse und die elektronischen Medien berichten ausführlich und voller Empörung darüber. Das zeigt uns zweierlei:**

Zum einen, daß wir schon wieder in Zeiten leben, wo rechten Jugendlichen ohne weiteres solche Taten zugetraut werden, zum anderen zeigt es uns aber auch, daß solche Gewalt gegen behinderte Menschen auf breite, offene Ablehnung stößt und daß die Rechtsradikalen dabei auch nicht mit klammheimlichen Sympathien rechnen können.

Es bleiben aber einige Fragen. Gibt es vermehrt eine offen rechtsradikale Gewalt gegen behinderte Menschen? Warum sind diese eigentlich besonders bedrohte Opfer? Und warum stößt ein gewalttätiger Übergriff auf einen behinderten Menschen auf so viel mehr öffentliche Abscheu und Protest als Gewalttaten gegen ausländische Menschen?

## Gibt es vermehrt rechtsradikale Gewalt gegen behinderte Menschen?

Die Frage läßt sich nicht eindeutig beantworten, da rechtsradikale Anpöbeleien und andere Formen gewalttätiger Übergriffe in der Vergangenheit nicht registriert oder öffentlich gemacht wurden. Es gibt Berichte über gewalttätige Angriffe auf behinderte Menschen aus der Zeit von Mitte 1992 bis heute. Die "Lebenshilfe für Geistigbehinderte", der Behindertenbeauftragte beim Sozialministerium in Niedersachsen, Karl Finke und zuletzt der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband in Schleswig-Holstein haben Dokumentationen über gewalttätige Überfälle auf Menschen mit Behinderungen erstellt. Die beiden letzteren beinhalten jeweils ca. 90 Fälle, von denen aber nur wenige einen eindeutig rechtsradikalen Hintergrund haben.

Es läßt sich aus diesen Dokumentationen keine spektakuläre Zunahme der rechten Gewalt erkennen, aber eindeutig ist, daß behinderte Menschen nicht nur zufällig, sondern gezielt Opfer solcher Gewalt werden, wie die anderen von der Norm abweichenden Menschen, die im neuen großen Deutschland Opfer rechtsradikaler, rassistischer Gewalt wurden: homosexuelle, ausländische oder obdachlose Männer und Frauen. Der ordnungs- und sauberkeitsliebende, strikt an den Werten und Zielen der kapitalistischen Leistungsgesellschaft aus- und zugerichtete Normaldeutsche weiß genau, was ihn stört und glaubt an die "einfachen Lösungen", die rechte Demagogen predigen. Besonders sein ungeduldiger, in seinen Erwartungen enttäuschter, jugendlicher Nachwuchs, geprägt durch zehn Jahre Kohl-Regierung, durch zehn Jahre zunehmender Entsolidarisierung und Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, aber auch durch zehn Jahre Privatfernsehen mit seiner Ästhetik und seinen Werbespots, die alles Kranke, Häßliche, Alte oder von der Schönheitsnorm Abweichende ausmerzt, wird, meist durch Alkohol enthemmt, entsprechend (gewalt)tätig.

Wenn 14, 15-Jährige heute behinderten Menschen hinterhergröhlen: "Dich hat man wohl in Dachau vergessen!" oder "Du lebst von unseren Steuergeldern!", wie es in den erwähnten Dokumentationen belegt und von vielen Betroffenen berichtet wurde, dann sind sie dabei Produkte von Eltern und Großeltern, die schon dem Versuch der "Endlösung der sozialen Frage" durch die Nazis nicht oder kaum widerstanden und die auch heute Vorschläge einer Beseitigung aller unproduktiven, nur Kosten verursachenden Menschen mehr oder weniger begrüßen.

Das Verhalten dieser Jugendlichen ist in der Regel nicht Ergebnis eines gefestigten rechtsradikalen Weltbildes oder eines organisierten Rechtsradikalismus, sondern es ist viel mehr eine diffuse, provokativ-propagandistische Bezugnahme auf den gesamten historischen Hitlerfaschismus, zu dessen organisiert verfolgten Opfern bekanntlich auch Menschen mit Behinderungen gehörten.

## Warum auch behinderte Menschen wieder Opfer der Rechtsradikalen werden.

Seit Jahren wird auch in Deutschland eine neue "Lebens-Un-Wert"-Diskussion geführt. Im Zusammenhang mit den "Fortschritten" der Medizin - z.B. pränatale Diagnostik, bei der Behandlung von Frühgeburten, Gen- und Reproduktionstechnologie, die Apparate-Medizin bei Schwerverletzten und -kranken - macht sich erneut eugenisches Denken und Handeln breit. Die Medizin steht an der Schwelle zum geplanten Menschen. Sie kann und wird entscheiden, welche Eigenschaften des zukünftigen Menschen als erwünscht noch zugelassen und welche als unerwünscht beseitigt werden sollen.

Mediziner entscheiden bereits, bestimmte schwerbehinderte Neugeborene unbehandelt liegen zu lassen. Ärzte und Gesundheitsbürokraten verweigern alten und behinderten Menschen kostenaufwendige Therapien und Hilfsmittel. "Bioethiker" und andere Philosophen fordern offen eine neue Ethik, die schwerbehinderten Neugeborenen oder Koma-Patienten das Menschsein abspricht und das Töten von ihnen als moralisch gerechtfertigt und sozial notwendig erklärt. Behinderungen, aber damit zwangsläufig auch die behinderten Menschen selbst, werden immer mehr zum vermeidbaren Übel erklärt. Die vorgeburtliche Auslese - d.h. Abtreibung bei prognostizierter Behinderung - ist fast schon gesellschaftliche Selbstverständlichkeit geworden. Die gesellschaftliche Entsorgung von alten und schwerkranken Menschen durch die gesetzliche Freigabe der "aktiven Sterbehilfe", wie jetzt in den Niederlanden, wird sich in allen Staaten der europäischen Union durchsetzen.

## Die Selektion von Menschen nach biologischen Kriterien findet schon statt.

Gleichzeitig setzt sich auch verstärkt ein "biologistisches" Welt- und Menschenbild durch. Soziale Strukturen, wie Armut und Reichtum oder komplexe soziale Verhaltensweisen - Alkoholismus und andere Suchtkrankheiten, psychische Erkrankungen, aber auch Homosexualität oder gar Arbeitslosigkeit - werden biologisch und als genetisch vorbestimmt erklärt.

Es gibt noch keine genaue Untersuchung der Publikationen und politisch-programmatischen Schriften der "Neuen Rechten" daraufhin, welche Haltung diese zur neuen Eugenik und "Euthanasie" einnehmen. Sicher ist aber, daß all diese Entwicklungen und Diskussionen den Demagogen und Ideologen der "Neuen Rechten" in schrecklicher Weise entgegenkommen. Biologistisch begründete Ungleichheit und Vorbestimmtheit des Menschen, "Medizinierung" von sozial abweichenden und politisch unerwünschten Verhaltens und die Notwendigkeit der sozialen Auslese waren und sind elementare Bestandteile rechter Ideologie.

Die zunehmende physische Gewalt gegen Menschen mit sichtbaren Behinderungen ist daher auch gewissermaßen das Echo der Straße und der Stammtische auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen. Es ist die unkalkulierbare Reaktion auf die ihre Hände sauber haltenden Wirtschafts- und Sozialpolitiker mit ihren Warnungen vor einer "drohenden Überalterung der Gesellschaft", einer "Kostenexplosion im Gesundheitswesen" oder der "Unbezahlbarkeit der Pflegeabhängigkeit" und ihren nüchternen Kosten-Nutzen-Rechnungen, wieviele alte, kranke oder behinderte Menschen sich die Gesellschaft noch leisten kann.

Hinter all diesen Begriffen und Rechnereien verbergen sich Menschen. Wer aber Menschen zu Problemen macht oder sie zu lästigen Kostenfaktoren erklärt, der soll sich nicht wundern, wenn andere anfangen, diese "Probleme" mit ihren etwas schmutzigeren Methoden lösen zu wollen.

Es bleibt die Frage, warum dennoch die offen rechtsradikale Gewalt an behinderten Menschen so viel mehr öffentliche Empörung auslöst als Angriffe auf Homosexuelle, Obdachlose und AusländerInnen.

Zum einen liegt es sicherlich am traditionellen Verhalten der unbehinderten Menschen den behinderten Menschen gegenüber, das

bestimmt wird durch Mitleid und Helfen einerseits und Verdrängen und Vernichten andererseits. Es liegt aber auch gerade an den oben beschriebenen neuen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Gerade weil die Medizin immer mehr verspricht, Behinderungen zu beseitigen, und weil sie so viele individuell praktikable Verhaltensweisen zur Erreichung dieses Zieles anbietet - Vorsorgeuntersuchungen, humangenetische Beratung, Abtreibung, aber auch ökologisch-gesundheitsbewußtes Verhalten - stößt die schmutzige Beseitigung behinderter Menschen durch Gewalt der Straße auf Ablehnung. Die Gesellschaft soll durch die Medizin sauber von behinderten und schwerkranken Menschen entsorgt werden.

Dieses widersprüchliche Verhalten der unbehinderten Bevölkerung war zu Zeiten des Nationalsozialismus und in den Jahren vor seiner Machtübernahme nicht anders. In den letzten Jahren der Weimarer Republik machten die nationalsozialistischen Horden Jagd auf Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden oder Obdachlose, aber nicht auf Menschen mit Behinderungen. Die Vernichtung des unwerten Lebens sollte still und sauber durch Ärzte geschehen. Und von allen Verbrechen der Nazis stieß der verordnete Massenmord an behinderten Menschen auf den meisten Protest der Bevölkerung. ◪



Susanne B. Fuchs

# Prozeß gegen Ex-Söldner

Vor dem Jugendschöffengericht am Amtsgericht Northeim begann am 18. April die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Kroatiensöldner Michael Homeister, 26, und Stefanie Janssen, 19. Den beiden Angeklagten wird vorgeworfen, zusammen mit einer dritten, unbekannten Person Nils Lemke, 25, am 24. März 1992 gewaltsam mißhandelt zu haben.

Janssen und die unbekannte ca. 17jährige Frau sollen **Nils Lemke** mit Schlagstöcken traktiert haben - ein medizinisches Gutachten ergab Hematome am Auge und einer Gesäßhälfte - während Homes Lemke zu Liegestützen über einem offenen Messer gezwungen und dabei schwer verletzt haben soll. Außerdem haben die Angeklagten, so der Staatsanwalt, mit dem anwesenden Schäferhund, er gehörte zuvor **Karl Polacek**, gedroht haben.

**Michael Homeister,** alias **Homes,** wurde bei seiner Einreise in die Bundesrepublik am 28. Februar 1994 verhaftet. Bad Reichenhall war Endstation für den deutschen Söldner mit dem finnischen Paß, der mit sechs Haftbefehlen gesucht wurde.

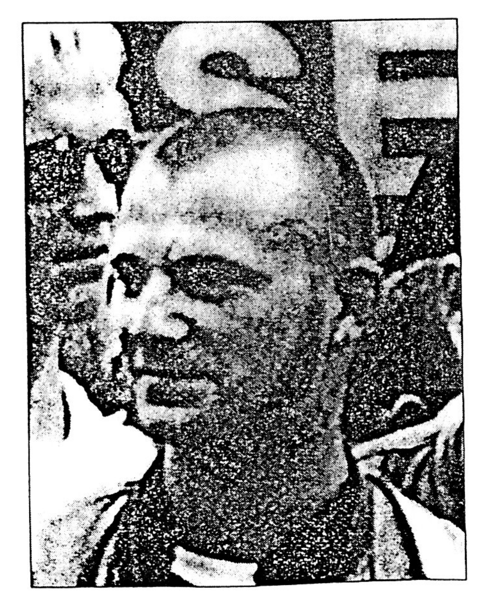
**Stefanie Janssen** arbeitet als Kassiererin, stammt aus West-Berlin und zog 1991 zu **Thorsten Heise** nach Nörten-Hardenberg. Heise hielt sich eine Zeit lang in Berlin versteckt, ehe er im Frühjahr 1991 dort verhaftet wurde. Heise hatte sich durch Flucht einem Strafverfahren vor dem Göttinger Landgericht entzogen. Sein Strafverteidiger, der Rechtsanwalt und damaligen REP-Funktionär **Klaus Kunze** aus dem nahen Uslar, verlas zu Prozeßbeginn am 8. Mai 1990 einen vom 25. April datierten Brief Heises: „Ich muß leider absagen - und es betrübt mich sehr, diesen Schritt tun zu müssen - aber ich wurde von der Staatsanwaltschaft gezwungen, in den Untergrund abzutauchen. Ich werde den politischen und gewaltfreien Kampf aus dem Untergrund heraus weiter in das Volk hineintragen." Anlaß für den Prozeß war u.a. ein versuchter Totschlag. Heise hatte im Mai 1989 versucht, mit seinem PKW einen libanesischen Flüchtling auf dem Bürgersteig zu überfahren. In dem PKW saß damals auch Michael Homeister. Die Anklage vertrat im damaligen Göttinger Verfahren Staatsanwalt Heimgärtner, der wiederum in Northeim als Vertreter der Anklage fungiert.

In den Reihen des Zuschauerraumes finden sich im Laufe des Prozesses eine Gruppe von Neonazis wieder. Angeführt wird die braune Crew neonazistischer Jungmannen von Thorsten Heise, dem Landesvorsitzenden der FAP Niedersachsen. Richter Kudewig begrüßt einige der anwesenden Neonazis namentlich und erinnert sie an ihre Schulpflicht. Doch einer der jungen Kameraden ist arbeitslos, ein weiterer krank geschrieben und der dritte hat, welch ein Glück, eine Freistunde an der Schule. Fleißig notiert der anwesende Vertreter des lokalen Staatsschutzes jeden, der vom Richter Kudewig ermahnten Strammrechten in sein Büchlein.

Der Geschädigte, Nils Lemke, gehörte bis rund ein Jahr vor dem brutalen Tag im März 1992 selbst der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" und der Skinhead-Szene an. Lemke unterhielt auch nachdem er die FAP verlassen hatte, Kontakt zu den früheren Kameraden. Zum Tatzeitpunkt wohnte Lemke im Hause Heise. Thorsten Heise hatte ihm ein Zimmer bei seiner Mutter vermittelt, zur Untermiete. Die zwei bis drei Stunden Aufenthalt bei den beiden Nazi-Frauen und Homes wurden für Lemke wohl zur Tortur. Doch will der Zeuge Lemke vor Gericht an den Vorfall keine Erinnerung mehr besitzen. Obwohl seine Furcht offensichtlich ist, verneint Lemke die Frage des Staatsanwaltes, ob er vor im Saal anwesenden Personen Angst habe. Nein, nicht die Angst, sondern der damalige exzessive Alkoholkonsum habe sein Erinnerungsvermögen so getrübt. Auch die Konfrontation mit dem Protokoll seiner richterlichen Aussage vom September 1992 vermag die Gedächtnislücken des Gemeindearbeiters Lemke nicht aufzuheben. Seine damaligen Verletzungen, so Lemke, seien nichts Ungewöhnliches. Schnell wird klar, Lemke will Homes und Janssen nicht weiter belasten.

Die Aussage von Frau Heise ergibt ein klareres Bild von dem blutigen Abend. Bevor Lemke in den Keller ging, meldete er sich unverletzt bei Frau Heise ab. Einige Stunden später, gegen Mitternacht, klingelte Lemke Sturm. Er stand verletzt vor der Wohnungstür, hatte Angst und wollte keine Angaben über die Ursachen seiner Verletzungen machen. Frau Heise fragte nach, setzte die spärlichen Informationen zusammen, um noch in der selben Nacht ein zweiseitiges Protokoll über die Geschehnisse anzufertigen.

Der Prozeß endete Anfang Mai. Michael Homeister wurde zu insgesamt 20 Monaten Haftstrafe verurteilt. Stefanie Janssen wurde unter eine zweijährige Bewährungsauflage gestellt.



*Michael Homeister*

Ulla Jelpke

### Zum Verfassungsschutzbericht 1993:

# Zwei links, eins rechts, fünf fallenlassen

**Nach diesem eher traditionellen Strickmuster ist der neue Verfassungsschutzbericht geschrieben. Während Bundesinnenminister Kanther die Bedrohung der inneren Sicherheit durch den Linksextremismus als „ernster“ im Vergleich zum Vorjahr ansieht, zeichnet er ein beruhigendes Bild des Rechtsextremismus: Die Zahl der neofaschistischen Gewalttaten sei „zurückgegangen“, die neonazistische Szene sei „verunsichert“, die Zahl der organisierten Rechtsextremisten habe sich gegenüber 1992 „kaum verändert“. Kein Wunder, lehnt Kanther es doch nach wie vor ab, zum Beispiel die "Republikaner" (wie viele andere neofaschistische Gruppierungen, Zeitungen, Verlage, Denkfabriken) in den Bericht aufzunehmen.**

## „Republikaner“ nicht rechtsextremistisch

„Es hat keinen Sinn, Märtyrer zu schaffen durch Bezichtigungen, die nachher in sich zusammenfallen“. (FAZ, 15.4.1994)

Dies ist die Begründung, mit der der Bundesinnenminister die Forderung zurückwies, die „Republikaner“ als rechtsextreme Partei in den Verfassungsschutzbericht aufzunehmen. Das Bundesinnenministerium (BMI) vermag lediglich „Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen“ bei den „Republikanern“ zu entdecken. Für eine „gerichtsfeste“ Einordnung der „Republikaner“ als rechtsextremistische Partei brauche man aber „nicht nur einen längeren Beobachtungszeitraum, sondern auch eine Fülle von Fakten“ (taz, 15.4.1994). Der Bundesinnenminister warnte vor „Schnellschüssen“ (FAZ, 15.4.1994). Kanther verwies überdies - so schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ - „auf Bemerkungen des niedersächsischen Innenministers Glogowski (SPD), der ihm versichert habe, ebenfalls keine hinreichenden Erkenntnisse zu haben, die "Republikaner" seien rechtsextremistisch“. (FAZ, 15.4.1994)

Nach Kanther sind die „Republikaner“ aber „ganz ersichtlich auf dem Wege zu immer extremeren Aussagen, Aktionen und Methoden“ (taz, 15.4.1994). Es sei eine Partei, die „auf dem Wege sei, von einer radikalen zu einer extremistischen zu werden“ (FAZ, 15.4.1994). Die „Republikaner sollen weiterhin verstärkt mit nachrichtendienstlichen Mitteln auch durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ausgeforscht werden. Diese Beobachtung durch das BfV erfolgt seit Dezember 1992.

Im Verfassungsschutzbericht werden die „Anhaltspunkte für die rechtsextremistischen Bestrebungen“ auf knapp zwei Seiten ausgeführt. Belegt wird dies mit „Äußerungen maßgeblicher Vertreter der REP und programmatischen Stellungnahmen der Partei“. Wer erwartet hätte, daß der Verfassungsschutzbericht hier tiefgreifende und neue Erkenntnisse aus der nachrichtendienstlichen Beobachtung zu Tage fördert, der muß sich getäuscht sehen.

Das inhaltliche Problem des BfV und des BMI wird schon an der Zusammenstellung dieser Zitate deutlich. Sicherlich werden hier Grundmuster an rechtsextremen Aussagen ~~zusammengestellt. Nur wo ist der Unterschied~~ von diesen inhaltlichen Positionen der „Republikaner“ zu Positionen aus den Reihen der CDU/CSU?

Gerade dieser Einklang in den politischen Vorstellungen und Konzepten der Regierungsparteien auf der einen Seite und neofaschistischen Gruppierungen wie den „Republikanern“ auf der anderen Seite - vor dem Hintergrund des Konkurrenzkampfes um die Gunst der Wählerinnen und Wähler - macht Kanther diese Aufgabe der Einordnung der „Republikaner“ so schwer. Immerhin hatte Kanther sich selbst als „law-and-order“-Politiker und rechte(!) Hand des Kanzlers dadurch empfohlen, daß er u.a. gesagt hatte: „Die CDU muß eine Politik machen, zu der die Wähler der REP 'Ja' sagen können.“




Um seiner Abgrenzung zu den Positionen der „Republikaner“ einen Hauch von Überzeugungskraft zu geben, stellt er eine weitere unhaltbare These auf. Die „Republikaner“, behauptet er, würden sich nach rechts hin radikalisieren. Belegbar ist das allerdings nicht. Tatsache ist, daß die „Republikaner“ auch schon in den 80er Jahren sowohl von der Programmatik als auch von den Mitgliedern her rechtsextrem waren.

„Rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“? Woher kommt diese Vorsicht Kanthers? Ein bißchen Ächtung, aber nicht mit dem ganz großen Hammer. Formales Gewedel mit der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht ohne harte Fakten. Vielleicht hilft ein Blick auf die kleine Schwester CSU, die am lautesten nach einem Verbot schreit, obwohl die ganze Republik weiß, daß zwischen ihr und den „Republikanern“ die kommunale Zusammenarbeit am weitesten entwickelt ist, und sich Streibl und Schönhuber zu Gesprächen treffen. Nicht die tatsächliche Entwicklung der „Republikaner“ dürfte dazu geführt haben, daß sie seit Ende 1992 mit nachrichtendienstlichen Mitteln vom BfV observiert werden, sondern eher die Hochrechnungen, die zu dem Ergebnis kamen, daß die CSU - im Gegensatz zu den „Republikanern“ - bei den Europawahlen 1994 die 5-Prozent-Hürde nicht überspringen wird. Der Streit um eine eventuelle Einordnung der „Republikaner“ als rechtsextrem sagt von daher mehr über den bedenklichen Zustand der Regierungsparteien als über die „Republikaner“ aus.

Und natürlich ist dem BMI klar, daß sie einen (Rechts-)Streit mit den „Republikanern“ um die Einordnung als rechtsextrem nicht auf die Spitze treiben können. In der Tat wäre es nur zu einfach, an den Fragen „Überfremdung“, „kein Einwanderungland“, „Ausländerkriminalität“, „Werteverfall“ ein ähnliches Dossier über die CDU/CSU zu erstellen.

Als Bonbon am Rande sei hier noch erwähnt: Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts stellte der Präsident des BfV, Werthebach, bezüglich der Anhaltspunkte für rechtsextreme Bestrebungen der „Republikaner“ „überdies“ heraus, daß er „in der Wochenzeitschrift 'Junge Freiheit' auch einen 'Wegbereiter' für die Republikaner“ sehe. (FAZ, 15.4.1994)

Dies ist von daher besonders interessant, weil das BfV sich bezüglich der „Jungen Freiheit“ genauso hartnäckig geweigert hatte, Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Ausrichtung feststellen zu wollen. Offenbar soll auch dem Umfeld der „Republikaner“ ein Warnschuß vor den Bug gesetzt werden.

## Weite Bereiche des Neofaschismus ausgeblendet

Wie auch schon in den Vorjahren ist natürlich besonders interessant, welche rechtsextremen Gruppierungen, Zeitungen, Verlage und Denkfabriken nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt werden. Der ganze Bereich der „Neuen Rechten“ wird genauso ausgeblendet wie die beachtlichen Erfolge der

Neofaschisten in ihren Vorfeld- und Bündnisorganisationen.

So fehlt dann unter anderem im Bericht:

* daß die Verlagsgruppe **Ullstein/Langen-Müller** (die drittgrößte Verlagsgruppe der BRD) unter ihrem Verleger **Herbert Fleißner** auch im Jahr 1993 rechtsextremen Autoren den Buchmarkt öffnete und fast die gesamte neofaschistische Presse mit Inseraten sponserte;

* daß im aus Mitteln des Bundeshaushalts finanzierten „Studienzentrum Weikersheim" auf einem Kongreß am 15./16. Mai 1993 in einem Arbeitskreis offen über die Auschwitz-Lüge philosophiert wurde;

* daß beispielsweise der Kanzlerberater und Dominikanerpater **Heinrich Basilius Streithofen** sich in volksverhetzender Weise darüber äußert, daß Juden und Polen „die größten Ausbeuter des Steuerzahlers sind";

* daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, **Horst Waffenschmidt**, weiterhin im Verwaltungsrat des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" neben dem Vorsitzenden der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft und Antisemiten, **Helmut Kowarik**, saß;

* daß auf der Jahreshauptversammlung 1993 der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik" der Ministerialrat **Stöcker** aus dem Bundesministerium der Justiz über Gefahren des EG-Zusammenschlusses referierte.

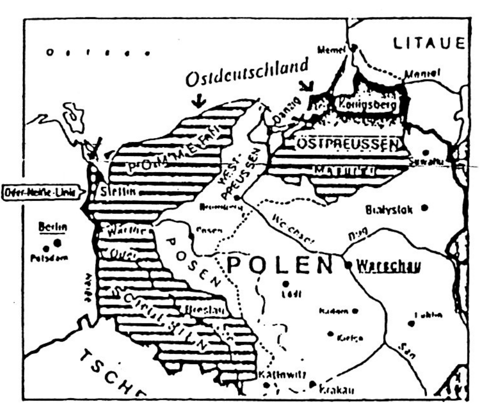
Wenn man die HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS) und alle anderen offen neofaschistischen oder rechtsextrem durchsetzten Militaristenverbände, Studentenverbindungen, Vertriebenenverbände, faschistische Organisationen wie die „Stille Hilfe" usw. nicht aufführt, dann ist es natürlich kein Wunder, wenn der Bericht feststellt, daß sich die Zahl der organisierten Neofaschisten „kaum verändert" hatte.

Wenn man die galoppierende inhaltliche Annäherung von Neofaschisten und Konservativen in neofaschistischen Theorieorganen wie „Criticón" und „Junge Freiheit" nicht zur Kenntnis nimmt, wenn man die gesellschaftspolitischen Erfolge des Neofaschismus in der „Asyl-" und „Ausländerfrage", nicht sieht, obwohl diese mit ihrer „Ausländer raus"-Politik Pogrome entfachen und selbst das Tempo des Handelns der Regierungen der Länder und des Bundes bestimmen, dann kann man in der Tat ein Bild der „Verunsicherung" des Neofaschismus malen.

Barbara Ritter

# Rechte Rattenfänger im christlichen Schafspelz

**Erst nachdem sich Jugendliche über den rechtsradikalen Inhalt beschwerten, hat die katholische Kirche vor dem rechtsextremen Jugendkalender „KOMM-MIT" gewarnt. Der Kalender, der durchgehend seit 1958 erscheint, ist keine offizielle kirchliche Veröffentlichung, dennoch gilt er als das klassische Weihnachtsgeschenk vom Herrn Kaplan an seine Meßdiener. (Auflagenhöhe nach Verlagsangaben 100.000)**




*Neue Ziele für katholische Kreuzritter - die Befreiung "Ostdeutschlands" (Faksimile aus dem "Komm-Mit" Kalender 1994)*

Im lockeren Plauderton werden die Jugendlichen angesprochen und zu allerlei Mit-Mach-Aktionen aufgerufen. Neben Freizeittips und frommen Spiel- und Lebensanleitungen wird ihnen so revanchistische, rassistische und antipazifistische Hetze untergejubelt. Eine „Info-Liste" mit ca. 300 Adressen einschlägiger Organisationen und Publikationen soll den Jugendlichen als „Schatzkiste" und Grundlage für ihre „Allgemeinbildung und Horizonterweiterung" dienen.

Schon beim schnellen Durchblättern fallen die braunen Brocken auf: So ist zu einer Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937 der NPD-Aufkleber „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik" (ohne Hinweis auf NPD) abgebildet. „Das schlimmste Unrecht, das Deutschen angetan wurde, war die verbrecherische Vertreibung von 15 Mio Landsleuten aus den deutschen Ostgebieten." „... unter Ostdeutschland sind die fremdverwalteten Ostgebiete zu verstehen, also Pommern, Schlesien, Ostpreußen, Memelland, im weiteren Sinne auch Westpreußen und das Sudetenland."

CDU und CSU werden als „die schlappen, dem Zeitgeist angepaßte Unionsparteien" gekennzeichnet. Die Grünen seien anarchistisch. Gewarnt wird vor „linken und schlechten Schriften wie Stern, Spiegel, Praline usw." (Zitate aus "Komm-Mit" 1991)

Und munter wird gegen „multikriminelle" Gesellschaft und den europäischen „Völkermischmasch" gehetzt. Die „hysterischen Linken" wollten „Deutschland zum totalen Einwanderungsland machen", deren Warnung vor Fremdenhaß in Deutschland sei „inländerfeindlich" und „verleumderisch" ("Komm-Mit" 1993).

Aber die „patriotische" Ausrichtung - so beschreibt sich „Komm-Mit" selbst - ist nur der eine Schwerpunkt. Ungenannt blieb in der kirchlichen und öffentlichen Kritik die abgestandene Sexualmoral und die geradezu bösartige Anti-Abtreibungspropaganda:

„Es ist verhängnisvoll, wenn die Robbenrettung weitaus mehr Gemüter erregt und Proteste hervorruft als die Massenabtreibung ungeborener Kinder. Wer kämpft gegen das grausame Abschlachten von jährlich 300.000 Ungeborenen in unserem reichen Land" ("Komm-Mit" 1991)

„Für Ungeborene gerät der 'gemeinsame Rechtsraum' (EG) zum Unrechts-Alptraum, zum EG-weiten Schlachthaus" ("Komm-Mit" 1991)

„Eine Endlösung der Ungeborenenfrage - ein Massenmord an unschuldigen Opfern, die in die Millionen gehen (jährlich allein in Deutschland 400.000 umgebrachte Kinder, weltweit pro Jahr 50 Millionen) der Abtreibungs-Skandal übertrifft an Opferzahlen bei weitem noch die Verbrechen des Kommunismus und des Nationalsozialismus. Aber wer wagt es schon, auf diese Tatsachen hinzuweisen?"("Komm-Mit" 1993)

Auch für die absonderlichsten Lebensschützeradressen ist der Kalender offen, vor allem für solche, die sogar die katholische Kirche angreifen. Bewußt ausgeschlossen ist die Aktion-Lebensrecht-Für-Alle (ALFA). Obwohl eine der großen Gruppen und trotz ihrer Forderung nach Verschärfung der alten Indikationsregelung, ist sie dem Komm-Mit Kalender zu liberal, da sie Verhütungsmittel wie die Pille propagiert.

Jegliche Verhütung wird in Komm-Mit abgelehnt. Kondome nützten auch nichts gegen AIDS. Unter dem Stichwort „Sexualität" findet sich folgende abschließende Erklärung: „Fachbegriff für die menschliche Geschlechtlichkeit. Diese ist eine Gabe Gottes, die der ehelichen Liebe und dem menschlichen Leben (Fruchtbarkeit) dienen soll. Die Lustbefriedigung ist eine 'ebenfalls gottgegebene' Nebenwirkung, die jedoch nicht der Hauptzweck der Sexualität sein darf." ("Komm-Mit" 1993)

In einem Punkt gibt sich der Kalender geradezu liberal: „wir haben keinerlei Berührungsängste zu evangelischen Christen"; „über 100 evangelische ... Gruppen und Zeitschriften,... mit denen wir gut zusammenarbeiten" werden unter die Leute gebracht. Es handelt sich dabei ausschließlich um evangelikale Splittergruppen, d.h. bibeltreu-fundamentalistische „Freikirchen", Sekten und Einzelspinner, die politisch dem rechtesten Spektrum zuzuordnen sind und die in Bezug auf Sexualmoral päpstlicher als der Papst sind. Diese Kreise missionieren in den letzten Jahren immer erfolgreicher unter Jugendlichen und vermutlich gehören auch sie zu den Großabnehmern. Der Kalender ist billig, bei Bestellungen ab 100 Stück kostet der

**Die GRENZEN und das VÖLKERRECHT**

Landraub und Vertreibungen sind völkerrechtswidrig. Wer fremdes Land erobert, mag sich als Besitzer wähnen, doch er ist kein Eigentümer. Andernfalls würde das Faustrecht regieren. **Die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts** gelten auch für deutsche Gebiete: das durch Polen und die Sowjetunion eroberte **Ostdeutschland** (Schlesien, Pommern, Ostpreußen) **gehört völkerrechtlich nach wie vor zu Deutschland,** unabhängig davon, ob die offizielle Politik sich daran orientiert.

Im rechtsverbindlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom **31. 7. 1973 wird betont,** daß das **Grundgesetz im Art. 116** ausgeht **von den ‚Grenzen von 1937'** (einschließlich Ostgebiete) und daß diese Rechtslage auf dem Völkerrecht beruht. Karlsruhe stellte ausdrücklich fest, daß das **„Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortbesteht"** und fügte hinzu: **„Es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation selbst nicht handlungsfähig. Mit der Errichtung der Bundesrepublik wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert."** – Diese Erklärung wiederholte das höchste deutsche Gericht 1975 und bekräftigte diesen Standpunkt.

*In ihren Positionen unterscheiden sich die "Komm-Mit"-Herausgeber in keinster Weise von den Neofaschisten. (Faksimile aus dem "Komm-Mit" Kalender 1994)*

über 400-Seiten starke Taschenkalender nur 6,50 DM.

Das „Komm-Mit-Team" besteht seit Jahren aus Felizitas Küble, Martina Bremshey, **Ingrid Gatzhammer, Petra Albrecht** mit dem betagten **Günther Stiff** an der Spitze. Ein presserechtlich Verantwortlicher ist nicht genannt, auch keine ladefähige Adresse (nur ein Postfach). Die gleiche Gruppe gibt monatlich eine gleichnamige 24-seitige Jugend-Zeitschrift heraus.

Stiff und Küble waren bis ca. 1986 Mitglieder in der erzkonservativen Zentrumspartei und dort vor allem im militanten Lebensschützerflügel aktiv. Nach ihrem Austritt schlossen sie sich nicht der neuen Lebensschützerpartei „Christliche Mitte" an, sondern gründeten am 24.05.88 in Dortmund eine eigene Partei: „Demokratie 2000 - Allianz für Freiheit und Grundgesetz".

Das eine Seite umfassende Parteiprogramm betont als „zentrale Grundwerte" Lebensschutz, Umweltschutz und Selbstschutz. Außerdem will D-2000 „die Zersplitterung und Uneinigkeit im christlichen, konservativen und national-orientierten Spektrum überwinden...". Nach aktueller Auskunft des Bundeswahlleiters kam es bisher zu keiner Wahlbeteiligung. (Nach 6 Jahren erlischt gewöhnlich der Parteistatus; aber für steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen ist eine „Partei" allemal gut.)

Die Vorsitzende Martina Bremshey pflegt enge Kontakte zur rechtsradikalen und revanchistischen „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte", die ihrerseits Werbung in der Komm-Mit-Zeitschrift macht.

Felizitas Küble, Schriftleiterin der Partei, ist nicht nur führende Mitarbeiterin beim Komm-Mit-Kalender und der KM-Zeitschrift, sondern auch im katholischen PUR-Magazin (ebenfalls kein offizielles Organ der Kirche). Außerdem veröffentlicht sie in der rechtsextremen Zeitung Criticon.

Die Komm-Mit-Gruppe muß über erhebliche Mittel verfügen, denn die mehrfarbige Monatszeitschrift wird nach eigenen Angaben unter Selbstkostenpreis (für 1,20 DM) abgegeben. Einzahlungen gehen an den Münsteraner „Junge-Welt-Verlag" (nicht zu verwechseln mit der Ostberliner Tages-Zeitung!) und den „Deutscher Jugend-Verlag" in Münster.

Die Kosten können zudem wegen der Ausbeutung unterbezahlter Jugendlicher niedrig gehalten werden. Die Fron-Arbeit wird im „Christoferuswerk e.V." abgeleistet.

Unter der Losung „ein Jahr für Christus" ruft das Komm-Mit-Team Jugendliche - vor allem Mädchen - regelmäßig zur Mitarbeit auf. „Wir arbeiten ähnlich dem Sozialen Jahr; gegen Unterkunft (jeder hat sein eigenes Zimmer), Verpflegung, Sozialversicherung; zudem gibt's 300 DM Taschengeld pro Monat". „Bei uns kann jeder nach seinen Fähigkeiten mitarbeiten; von der Redaktion bis zum Versand, Buchhaltung, Computer, Korrespondenz, Büro, Werbung, Leserbriefe, Zeitungsarchiv, Haushalt usw. - Jeder Christ ist mitverantwortlich dafür, daß sich das Reich Gottes ausbreitet." ("Komm-Mit" 1993)

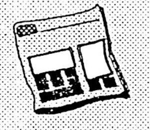
Das fromme "Christoferuswerk" ist weder der katholischen Kirche angeschlossen noch sonst einem Verband. Es wurde 1971 in Münster von Günter Stiff (Vorsitzender) gegründet und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt - Spenden sind damit steuerbegünstigt. Der offizielle Vereinszweck ist neben Jugendarbeit die „Förderung beider christlicher Kirchen" und die „Verbreitung guter und christlicher Schriften". Das Geschäft muß derart gut gelaufen sein, daß der Verein sich 1993 in Süddeutschland auf die Suche machte nach „einer größeren Unterkunft (Kloster, Bauernhof, Schloß oder Bauland), um viele Mitarbeiter unterzubringen." Der in Münster in der Schlesienstraße ansässige Verein ist seit einem Panorama-Bericht über den Komm-Mit-Kalender zu keinerlei Auskünften über seine Arbeit mehr bereit.

## Volksverhetzung

**Joachim Siegerist** von der „Konservativen Aktion" muß ins Gefängnis. Der 47jährige erhielt jetzt vom Amtsgericht Hamburg eine 18monatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß. Er zeichnete mit seinem 48jährigen Geschäftsführer **Uwe Hempen** verantwortlich für eine 1992 gestartete Briefkampagne gegen Roma und Sinti (Auflage 17.000). Darin sprach er vom „miesem Zigeunerpack". Hempen kam mit einer Bewährungsstrafe von acht Monaten und einer Geldbuße in Höhe von 25.000 Mark davon. Nach dem damaligen Aufruf der „Konservativen Aktion" flossen 85.000 Mark Spendengelder unter dem Stichwort „Zigeuner". Diese Summe wurde nun durch richterlichen Beschluß eingezogen. Als monatliches Einkommen gab Siegerist 7000 DM an; Hempen verdient als KA-Geschäftsführer nach eigener Auskunft 14.000 DM.

Siegerist, hinter dessen „Konservativer Aktion" der Wirtschafts- und Verbands-PR GmbH-Verlag (WPR-Verlag) steckt, ist in Lettland Parlamentarier (sein Vater stammt aus dem Baltikum). In der dortigen Hauptstadt Riga besitzt er zwei Geschäftshäuser. Spenden für Waisenkinder aus der „Aktion Reiskorn" (von Siegerist angeleiert) landeten nach ZDF-Recherchen in den Verkaufsflächen seiner Geschäfte. Dazu läuft noch ein Ermittlungsverfahren. Wegen illegaler Einfuhr von Antiquitäten aus Lettland beschäftigt sich auch die Hamburger Zollfahndung mit den Machenschaften Siegerists. Die „Konservative Aktion" ist verantwortlich für Hetzbücher gegen SPD- und FDP-Politiker, gegen „kommunistische Umtriebe", für die Freilassung von Rudolf Heß (1986), für die Beibehaltung der D-Mark-Währung etc.

**RECHTS IN KÜRZE**



Gegen das Urteil haben sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Siegerist Berufung eingelegt.

## Nolte und der Revisionismus

**Ernst Nolte** scheint seinen Aufruf in seinem Buch „Streitpunkte", die Argumente der Revisionisten ernsthaft zu diskutieren, konsequent zu verfolgen. In Code 4/94 ist ein mehrseitiges Interview Noltes abgedruckt, das dieser der führenden Revisionistenzeitschrift „The Journal of Historical Review" gab und dort in englischer Sprache erschien.

Neben einem Aufguß seiner These vom Europäischen Bürgerkrieg betreibt der angeblich so reich mit Detailkenntnissen ausgestattete Historiker platteste Geschichtsklitterei: „Wir wissen, daß der ganze sogenannte deutsche Widerstand von der früheren Rechten herkam. Jetzt werden sie selbstverständlich geschätzt, was heißt, das die rechtsgerichtete Tradition nicht ganz zerstört worden ist." Solch eine These, die im Gewande absoluter Wahrheit daherkommt, kann nur behaupten, wer alles, was nicht rechts ist, aus dem Widerstand ausblendet.

Seine Aufgabe im Historikerstreit Ende der 80er Jahre definiert er selbst als die eines Tabubrechers. „Auschwitz und Gulag ... in einem Satz zu nennen - das war wirklich schlimm. Heute ist das zur Trivialität geworden. Es ist recht üblich geworden zu sagen: 'Wie das in dem Gulag und in Auschwitz war' und danach gewisse Unterscheidungen vorzunehmen."

Der Tabubrecher Nolte ist da gelandet, wo er hingehört, bei den Revisionisten. Warten wir ab, wie lange es bei ihm noch dauert, bis er den Rassenmord der Nazis direkt leugnet.

Raimund Hethey

# Ohne Worte!

## Über vergangene Versuche, mit FaschistInnen zu reden.

„Mit Rechten reden“? lautet die eher rhetorisch gestellte Frage in der „Tageszeitung“, taz. Die meisten Beiträge kommen von Befürwortern eines Dialogs mit Rechten. Schenkt man dem stets nach rechts blickenden IG Metall-Funktionär Wolfgang Kowalsky Glauben, so scheint eine der dringlichsten Aufgaben der Linken zu sein, den Dialog mit NeofaschistInnen zu führen. Wer solches meist propagandistisches Geschwätz verhindert, dem ist nach Auffassung des Gießener Soziologieprofessors Claus Leggewie der Geist Voltaires abhanden gekommen.




*Weniger Gedanken darüber, wie und ob man mit FaschistInnen reden sollte, und mehr gemeinsame antifaschistische Aktion*

Große Worte, hinter denen nach dem Jugendbanden-Forscher Seidel-Pielen nur Ablenkungsmanöver für andere Fehlleistungen stecken könnten. Der Ruf nach dem „Talk im Turm“ mit FaschistInnen hallt durch die bürgerliche Presse von der taz bis zur ZEIT. So ganz neu und proper sind die Gesprächsideen der Herren **Kowalsky** und Leggewie nicht, die beide schon Kostproben ihrer Rede-Künste mit FaschistInnen abgegeben haben. Ihre historischen Vorläufer aus den zwanziger Jahren sind mit dem Dialog-Konzept gescheitert. Sie waren mit ihren „Rede-Turnieren“ und „Kampfgesprächen“ weit origineller als die heutigen Dialog-Prediger Cohn-Bendit, Glotz, Karasek, Klönne, Kowalsky, Leggewie und Templin. Nach gemeinsamem Dialog diktierten in den dreißiger Jahren die FaschistInnen die Bedingungen und ihre früheren Gesprächspartner - wie beispielsweise Erich Mühsam - wurden brutal umgebracht.

Kowalsky lieferte für sein Dialog-Vorhaben mit NeofaschistInnen in der taz (9.3.1994) gleich einen kompletten Themenkatalog mit: Ausländer und Einwanderung, Kriminalität und innere Sicherheit, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, nationale Identität, deutscher Sonderweg. „Verwestlichung“, demographische Entwicklung, „Verwahrlosung der Sitten“, Establishment, „US-Kulturimperialismus“ etc. Redestoff, den Kowalsky mit seiner linken Wohngemeinschaft oder seinen GewerkschaftskollegInnen nicht mehr diskutieren mag. Dort wird ihm wohl nicht mehr zugehört. Ähnlich mag es bei Leggewie und Glotz aussehen. Leggewie findet es polit-moralisch schlimmer, dem Neuen Deutschland vor 1989 ein Interview gegeben zu haben und anderen heute das Gespräch mit dem FaschistInnenblatt „Junge Freiheit“ zu verbieten.

Früher war das anders. Aber da wußte man noch nicht so genau, was es heißt, wenn FaschistInnen an die Macht kommen. Kann man heute klüger sein? Man muß!

### Wenn Linke die „nationale Frage“ stellen

Die KPD, Garantin einer Internationalismus-Konzeption, bemühte sich Anfang der 20er Jahre, mit der „nationalen Frage“ Anhänger für ihre Organisation zu gewinnen. Im Sommer 1923 startete sie eine dreimonatige Kampagne, in der sie den „Nationalismus“ thematisierte. Den Anfang machte der Sekretär der Kommunistischen Internationale (Komintern), Karl Radek, mit seiner am 20. Juni 1923 vor der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (EKKI) gehaltenen Rede „Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts“. Die Rede wurde am 26. Juni 1923 in der „Roten Fahne“ und später in einer „Schlageter-Broschüre“ abgedruckt. Radeks Vorrednerin auf der Konferenz der EKKI war Clara Zetkin. Ihr Beitrag „Der Kampf gegen den Fascismus“ war eine scharfe Analyse besonders der Entwicklung des „Fascismus“ in Italien. Die zukünftigen Aufgaben für KommunistInnen formulierte Clara Zetkin: „Was nottut, ist, daß wir unsere Methoden der Agitation und Propaganda wie unsere Literatur entsprechend den neuen Aufgaben gestalten. Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, bleibt Mohammed nichts anderes übrig, als zum Berge zu gehen. Wenn jene neuen Massen, um die wir werben müssen, nicht zu uns kommen, müssen wir sie aufsuchen, müssen mit ihnen in einer Sprache reden, die ihrer Einstellung entspricht, ohne daß wir dabei das geringste von unserer kommunistischen Auffassung preisgeben.“ (Protokoll EKKI, 1924)

Dazu dienten den KommunistInnen in erster Linie Reden vor Massenversammlungen und theoretische Abhandlungen im Parteiblatt „Rote Fahne“. Darüber hinaus gab es noch etliche Versuche, bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen, wie z. B. Offizierskreise, gezielt anzusprechen.

### Wenn Linke zu FaschistInnen gehen

Radeks „Schlageter-Rede“ ist als erster Versuch anzusehen, die neuen Aufgaben, die Clara Zetkin umrissen hatte, in die Praxis umzusetzen. Schon während der Zetkin-Rede mußte Radek an den „Märtyrer des deutschen Nationalismus“ denken, den „deutschen Faschisten“ **Albert-Leo Schlageter**, wie er in seinem Grundsatzreferat ausführte, in dessen weiteren Verlauf er Schlageter zum nationalen Symbol hochstilisierte. „(...) der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden.“ Ziel seiner Rede war die Forderung nach der Formierung eines breiten Widerstandes gegen das bestehende System. Als ideologisches Bindemittel galt ihm die „nationale Frage“.

„Will Deutschland imstande sein, zu kämpfen, so muß es eine Einheitsfront der Arbeitenden darstellen, so müssen die Kopfarbeiter sich mit den Handarbeitern vereinigen zu einer eisernen Phalanx. Die Lage der Kopfarbeiter erfordert diese Einigung. Nur alte Vorurteile stehen ihr im Wege. Vereinigt zu einem siegreichen, arbeitenden Volk, wird Deutschland imstande sein, große Quellen der Energie und des Widerstandes zu entdecken, die jedes Hindernis überwinden werden. Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes.“ (Rote Fahne vom 26.06.1923) Die KommunistInnen erkannten die emotionale Wirksamkeit nationalistischer Argumentation und akzeptierten den Erfolg, den nicht nur die FaschistInnen damit erzielen konnten.

Den KommunistInnen nun eine „faschistische Rhetorik“ zu unterstellen, wie der sozialdemokratische Historiker Heinrich August Winkler, ist schon deshalb falsch, weil die FaschistInnen keine spezifische Rhetorik erfanden, sondern an die Tradition bürgerlicher Nationalismus-Vorstellungen z.B. der Romantiker anknüpften.

Die Pflege nationalistischen Gedankenguts war und ist immer nur ein billiger Ersatz für ungelöste ökonomische und gesellschaftspolitische Probleme und zugleich eine politische Strategie, um Massen emotional zu binden, und wie Klaus Theweleit herausfand, zu einem geschlossenen Ganzen zu formieren mit deutlicher Hierarchisierung.

### Die Theorie-Debatte

Der Rede Radeks folgte eine theoretische Auseinandersetzung um Rolle und Funktion

des Nationalismus zwischen dem „nationalrevolutionären“ Flügel der FaschistInnen um **Möller van den Bruck**, Graf von **Reventlow**, und den Kommunisten Karl Radek und Paul Frölich in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen wie der „Roten Fahne“, dem „Gewissen“ und dem „Reichswart“. In ihren Artikeln forderten die sich selbst „Nationalrevolutionäre“ nennenden faschistischen Vordenker immer wieder die Abkehr vom „Klassenkampf“. „Das Proletariat ist nicht die Nation - und in einem so entwickelten und gegliederten Volke wie dem deutschen schon gar nicht. Es könnte hier eher so kommen, daß das deutsche Proletariat vor lauter Klassenkampf seinen Freiheitskampf verliert! Für uns deutsche Nationalisten gehört der Klassenkampf zu den Gedanken des vergangenen Jahrhunderts.“(Rote Fahne vom 26.6.1923) An Stelle des „Klassenkampfes“ rückten sie den sogenannten „Dritten Standpunkt“, der gegenüber dem Kapitalismus und Sozialismus als höherwertig angesehen wurde, weil er vermeintlich den Menschen in den Mittelpunkt seiner Politik setze.

Die Kritik am Klassenstandpunkt präzisierte Graf von Reventlow in einer Antwort auf einen Artikel des KPD-Funktionärs Paul Frölich. „Ich teile diese Ansicht (von Paul Frölich, d.V.) nicht, weil ich den Begriff des Kapitalismus viel weiter fasse. Dem Kapitalismus steht nicht allein die Industriearbeiterschaft gegenüber und entgegen, sondern das tun auch alle anderen Schichten und Berufsstände, die eben nicht selbst besitzende Vertreter des Kapitalismus sind. (...) Klassen und Klassenkampf halte ich für Erscheinungen der Ungesundheit und für verderblich, denn sie zerreissen die im Grunde organische Volkseinheit, bzw. halten bestehende Risse offen und verhindern, daß sich die Deutschen der verschiedenen Berufe und Bildungsgrade zu verstehen, einander näherzukommen versuchen und schließlich das Vertrauen zueinander gewinnen, welches Volksgenossen geziemt.“(Rote Fahne vom 2.08.1923)

*1932: Antifaschisten führen Nazi-Provokateur ab. (Foto Antifaschistisches Info Blatt, Berlin)*

Ohne die Ursachen des Status quo zu reflektieren, wozu notwendigerweise eine Analyse der historischen Ereignisse „1.Weltkrieg“ und „Novemberrevolution“ gehörte, forderten „Nationalrevolutionäre“ und KommunistInnen die Herstellung der Einheit des deutschen Volkes. Die „Nationalrevolutionäre“ konzentrierten sich auf eine klassenlose Volksgemeinschaft und die KommunistInnen auf eine einheitliche Front von Arbeitern, Bauern und Mittelstand gegen das Großkapital, das als Eigentümer über die Produktionsmittel verfügte.

## „Rede-Turnier“ und „Kampfgespräch“ als Dialog-Praxis

Den größtenteils in den oben erwähnten Presseorganen ausgetragenen Auseinandersetzungen um die „nationale Frage“ folgte die Begegnung der verschiedenen Massenanhängerschaften in Rede-Versammlungen. In Göttingen, Jena und Stuttgart fanden im Juli und August 1923 Diskussionsveranstaltungen statt, an denen sowohl Kommunisten als auch Nationalsozialisten in großer Anzahl teilnahmen und Redner der KPD und NSDAP zu den Versammelten sprachen. Die KPD bezeichnete die Veranstaltungen in Stuttgart, die am 2. und 10. August stattfanden, als „Rede-Tourniere“ mit verschiedenen „Waffengängen“. Im Dinckelacker Saalbau und im angrenzenden Biergarten waren am Abend des 2. August 1923 ca. 10.000 Menschen zusammengekommen, um Zeugen der Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu sein. Das NSDAP-Verbot war gerade einen Tag aufgehoben. Die Hauptredner der NSDAP waren **Max Weber** (München) und Dr. **Bodo Kaltenböck**, die der Kommunisten Hermann Remmele und der Landtagsabgeordnete Stetter.

Der KPD-Funktionär Hermann Remmele, seit 1920 in der Parteizentrale, erbat sich eine vierzigminütige Redezeit auf der von den Nationalsozialisten organisierten Veranstaltung. In seinen einleitenden Worten schmeichelte er den politischen GegnerInnen.

„Von vornherein möchte ich eines gleich feststellen: Die nationalsozialistische Partei hat, wie alle anderen faschistischen Organisationen, eine Reihe überzeugter, ehrlicher Leute unter sich, die für ihre Idee, die nach unserer Auffassung falsch ist, ihr Leben, ihr Alles einsetzen. Diesen Mut und diese Tapferkeit ehren und achten wir.“ (Rote Fahne vom 10.08.1923) Remmele gab sich auch gegenüber den Positionen der FaschistInnen - auch der antisemitischen - sehr einfühlsam.

„Der Referent des heutigen Abends (Max Weber, d.V.) hat seine längsten Ausführungen darauf verwendet, uns als Grundlage des Faschismus selbst den Antisemitismus zu bezeichnen. Der Antisemitismus ist keine neue Erscheinung, er ist uralt. Und er hat zu allen Zeiten dazu gedient, blinde, unwissende Massen von den wirklichen Ursachen ihrer traurigen Notlage abzulenken. (Widerspruch). Wie dieser Antisemitismus entsteht, kann ich ja sehr leicht begreifen. Man braucht nur einmal auf den Stuttgarter Viehmarkt, nach dem Schlachthof zu gehen, um dort zu sehen, wie Viehhändler, die größtenteils zum Judentum gehören, zu jedem Preise das Vieh aufkaufen, während die Stuttgarter Metzger wieder leer abziehen müssen, weil sie einfach nicht soviel Geld haben, Vieh kaufen zu können. (Sehr richtig! bei den Faschisten). Daß da in den bürgerlichen Mittelschichten, in den Kreisen der Händler und Gewerbetreibenden ein Judenhaß entsteht ist begreiflich.“ (Rote Fahne vom 10.08.1923)

Remmele knüpfte geschickt an eine scheinbar alltägliche Erfahrung seiner ZuhörerInnen an, indem er zwischen dem Beruf des Viehhändlers und dessen Glaubenszugehörigkeit nicht mehr differenzierte. Remmele antizipierte ein verkürztes Klischee der FaschistInnen und befürwortete sogar deren politische Handlungen. „Sie, die Faschisten, geben nun an, das jüdische Finanzkapital zu bekämpfen. Schön. Tun Sie das! Einverstanden! (Stürmischer Beifall bei den Faschisten. (!) Aber sie dürfen eines nicht vergessen, das Industriekapital! (Zurufe bei den Faschisten: „Bekämpfen wir genau so!“) Denn in Wirklichkeit ist das Finanzkapital nichts anderes als jenes Industriekapital.“ (Rote Fahne vom 10.08.1923) Remmeles vordringliches Anliegen bestand im Hinweis auf mögliche gemeinsame Interessen von Anhängern der KPD und der NSDAP.

„Heute versinken Millionen von kleinen Existenzen hinab zum Pauperismus. (Beifall bei den Faschisten und den Arbeitern). Heute leben wir in einer Periode der Enteignung des deutschen Volkes, wie sie in der Weltgeschichte einzig dasteht. Und wer sind die, die das deutsche Volk, die Handwerker und Gewerbetreibenden, die Händler und die Kleinkaufleute, die Arbeiter und Angestellten ausplündern und ausrauben bis auf die letzte Kraft, bis auf das letzte Hemd?! (Einzelne Zwischenrufe der Faschisten: „Die Juden!“) Das sind die Kapitalisten, allen voran die großen Syndikate, Trusts und Kartelle. (Starker Beifall!) Das sind die Krupp und Thyssen, die Klöckner und die Stinnes. (Beifall).“ (Rote Fahne vom 10.08.1923)

Die verschiedenen Zwischenrufe zeigen, daß es dem Redner nicht ganz gelungen ist, die Affekte „Hass“, „Zorn“ und „Neid“ so zu erregen, daß sie allein auf die namentlich ge-

nannten Repräsentanten des „Kapitals“ gerichtet wurden. Auch wenn die Bezeichnung „großkapitalistische Hyänen“ und „Räuber“, „die mit ihren Börsen - und Devisenmanövern das arbeitende deutsche Volk ausplündern und ausrauben“, auf große Zustimmung bei „Arbeitern und Faschisten“ stieß, blieben die „Juden“ doch die „Sündenböcke“ für die augenblickliche Situation der Verelendung.

Die Nationalsozialisten warnten ihre Ortsgruppen vor gemeinsamen Auftritten mit den KommunistInnen. „Es gibt nur ein Endziel: V e r n i c h t u n g des jüdischen Bolschewismus und seiner Zuhälter. Darin wird uns n i c h t s irremachen.“ (Völkischer Beobachter vom 8.08.1923) Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen dann die Schlägereien zwischen KommunistInnen und Nationalsozialisten, von denen auch der Polizeipräsident Rudolf Klaiber in einem Bericht über die Aufgaben der Polizei in Stuttgart 1925 schrieb. „Erst mit der im Mai 1923 einsetzenden unaufhaltsamen Markverschlechterung gewann die kommunistische Agitation merklich an Boden. (...) Mit der Tendenz des Anti-Faschisten-Tags reimte es sich schlecht zusammen, daß der Kommunistenführer Remmele als Diskussionsredner bei der ersten, nach Aufhebung des Verbots am 2. August 1923 von der NSDAP veranstalteten öffentlichen Versammlung, nach einer von Radek ausgegebenen Anweisung, den Nationalsozialisten ein Zusammengehen mit der K.P.D. vorschlug. Diese Anbiederungsversuche, die bei einer von der K.P.D. einberufenen Versammlung fortgesetzt wurden, fanden jedoch bei den kommunistischen Anhängern wenig Verständnis.“ (Rudolf Klaiber: Ruhe und Ordnung, 1925, S. 15) In der kommunistischen Presse wurden die Schlägereien nicht erwähnt.

Eine Woche später fand das zweite Rede-Turnier im Dinckelacker Saalbau statt, zu dem die Kommunisten Sozialdemokraten und Nationalsozialisten eingeladen hatten. „Am Freitag, den 10. August, versammelten sich in Dinckelackers Saalbau und Gartenanlagen nahezu 8000 Personen (wir hatten bei 2000 M Eintrittsgeld eine Einnahme von rund 15 Millionen) aller Volkskreise und Bevölkerungsschichten, die der Einladung der kommunistischen Partei Groß-Stuttgarts gefolgt waren, (...).“ (In: Hakenkreuz oder Sowjetstern, 1923, S.13)

Mit emotionalen Appellen, in denen er Sowjet-Rußland als Vorbild für Deutschland pries, verlangte Remmele auch hier von FaschistInnen, sich unter dem „siegreichen Banner“ des Kommunismus mit dem Proletariat gegen die Großkapitalisten zu vereinigen. „Morgen aber werden wir die Macht haben und dann ist es umgekehrt, und so sagen wir auch zu den Nationalsozialisten: Wohlan, wenn ihr die gleichen Wege oder auch stückweise nur, ähnliche Wege gehen wollt, dann verbindet euch mit der starken Arbeitermacht.“ (Ebda., S. 27)

## Offensive Dialoge 1930

Eine Fortsetzung der „Dialogstrategie“ zwischen Linken und FaschistInnen gab es im Wahlkampf 1930. Ähnlich wie 1923 wurden öffentliche Groß-Veranstaltungen organisiert, bei denen der politische Gegner zu einem Rede-Duell eingeladen wurde.

Am 25. August 1930 hatte die SPD in Breslau ihre Anhänger sowie die Nationalsozialisten zu einer Auseinandersetzung über das Thema „Sozialismus oder Nationalsozialismus“ eingeladen.

Wie schon bei den Versuchen der KPD 1923, durch derartige Versammlungen die Anhängerschaft der gegnerischen Partei zu verunsichern und zu beweisen, daß die eigenen Partei-Redner die besseren Argumente hätten, zeigte sich auch 1930, daß die Basis gar nicht gewillt war, der Argumentation des Gegners zuzuhören.



*Erich Mühsam*

„Schon eine halbe Stunde vor Beginn wurde der große Saal des Gewerkschaftshauses wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen. Eine Parallelversammlung wurde im Garten abgehalten, die der sozialistische Stadtrat Krumm leitete, der während der Versammlung einen Schlaganfall erlitt und in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Sowohl im Garten als auch im Saale waren die Nationalsozialisten sehr stark vertreten. Während der Ausführungen sämtlicher Redner kam es wiederholt zu stürmischen Zwischenrufen. Als der nationalsozialistische Redner geendet hatte und mit einem großen Teil seiner Anhänger den Saal verließ und die Gartenversammlung inzwischen beendet war, kam es auf der Straße wiederholt zu Zusammenstößen, und die Polizei mußte unter starkem Aufgebot verschiedentlich vorgehen und die Streitenden trennen. Mehrere Personen wurden sistiert. In der zwölften Abendstunde war die Ruhe wiederhergestellt.“ (Vorwärts vom 26.08.1930)

Andere Erfahrungen machten die Anarchisten um Erich Mühsam, deren Bewertung heute anders ausfallen dürfte. Am 20. November 1930 organisierte die anarchistische Vereinigung Berlin eine Veranstaltung im Lokal Köhler in Neukölln zum Thema „Sozialismus und Nationalismus“, zu der auch die Mitglieder vom „Bund der revolutionären Nationalsozialisten“ eingeladen wurden. Als Redner traten Rudolf Rocker und Dr. Otto Strasser auf. Die Versammlung mußte aufgrund des großen Andrangs in ein größeres Lokal verlegt werden. „Trotzdem konnten lange nicht alle Einlaß finden, die Rudolf Rocker und Dr. Otto Strasser hören wollten, und die Anwesenden mußten sich im kleinen Hohenstaufensaal nach Entfernung der Tische fast zerquetschen lassen. Genosse Rocker setzte in meisterhafter Rede auseinander, aus welchen Gründen die Anarchisten jeden nationalistischen und Rassenstandpunkt ablehnen müssen. Dr. Strasser erwiderte ruhig, sachlich und in ehrlicher Bemühung, gerecht zu urteilen und gerechte Beurteilung für seine Sache zu werben. Selbstverständlich sollte keine Einigung herbeigeführt werden; es sollte, wie der Herausgeber des FANAL (d.i. Erich Mühsam, d. Verf.) in seiner Begrüßungsansprache ausführte, der Gegensatz zwischen zwei Weltanschauungen scharf herausgearbeitet werden, jedoch im Geiste unzweideutiger gegenseitiger Achtung, um dem Proletariat das Beispiel zu geben, daß Gegensätze zwischen Revolutionären mit Gründen und Gegengründen und nicht mit Fäusten und Schlagringen ausgetragen werden können.“ (FANAL (1930/31), Nr. 5, S. 71)

Die Auseinandersetzung zwischen diesen politischen Gruppierungen wurde fortgesetzt. Knapp einen Monat später führte Erich Mühsam ein „Kampfgespräch“ mit Otto Strasser.

In Zeiten von Wahlkämpfen kam es in der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik aber nicht auf den erzieherischen Wert einer Rede, auch nicht auf ihren sachlichen Gehalt, sondern auf das richtige Ansprechen der Emotionen beim Publikum an. ZuhörerInnen von Wahlkampfreden wurden und werden nicht von der einzig richtigen Ideologie oder Gesellschaftstheorie überzeugt, sondern dazu gebracht, ihre Stimme einer Partei oder deren RepräsentantInnen zu geben. Neben der politischen Rede wurde das Mittel der Gewalt zur Stimmungsmache und Polarisierung eingesetzt. In den Wahlkämpfen der Weimarer Republik waren Tote keine Seltenheit.

Der weitere Verlauf der Geschichte demonstrierte, daß das humanistische Ideal Mühsams illusorisch war. Selbst Otto Strasser hat - auch in der Gegnerschaft zu Hitler - niemals dem Faschismus abgeschworen. Nach 1945 gründete er eine für den Neutralismus Deutschlands eintretende völkisch-nationalistische Partei, die DSU, die zu den neofaschistischen Parteien der Bundesrepublik zählte.

## Antifaschistische Aktion statt schöngeistige Wortwechsel

Das Reden hilft nichts gegen die Mordbrenner und ihre Biedermänner. Der zukünftige SPD-Kultus- und Wissenschaftsminister Peter Glotz, der auch für die Änderung des „Asylrechts“ stimmte, weiß das nur zu gut. Er benötigt den öffentlichen Dialog oder Diskurs als Bühne für seine machtpolitischen Interessen. Was Kowalsky so nach rechts drängt, sind seine Erfahrungen als Maoist und Leggewie ist „deutscher“ Professor mit einer wohlbehüteten verbeamteten Phantasie. Er und Glotz waren bisher nicht in der Lage, eine öffentliche Diskussion mit Linken im Fernsehen zu führen, z.B. darüber, warum AntifaschistInnen kriminalisiert werden, während er und seinesgleichen es sich im Fernsehsessel mit dem Faschisten Schönhuber bequem machen.

Justus H. Ulbricht

# Die Götter des New Age

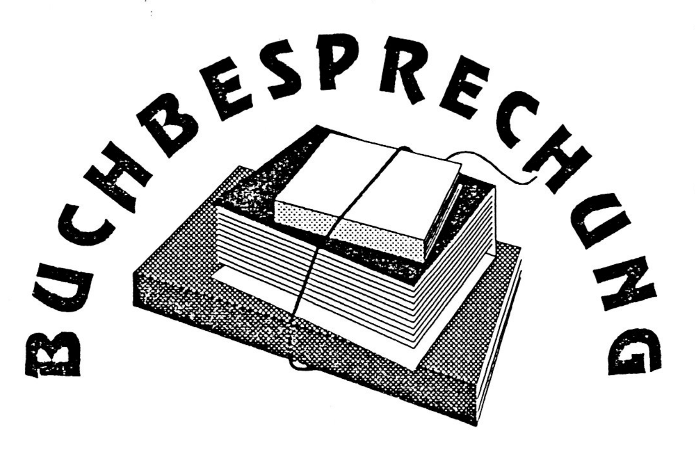
**Ein lange erwartetes Buch ist nun erschienen. Peter Kratz wendet sich in gewohnter Manier (informiert, erfrischend polemisch, manchmal gar ironisch) einem Bereich zu, der bei AntifaschistInnen immer noch zuwenig kritische Aufmerksamkeit genießt. Er verortet das sogenannte "neue Denken", das "Wassermann-Zeitalter" und seine Agenten, im politökonomischen Zusammenhang des Spätkapitalismus und kann - trotz aller notwendigen Verknappung - treffend aufzeigen, wie neue Religion neueste technologische Entwicklungen (Computer- und Gentechnologie) sowie Kapitalinteressen zusammengehen.**

Die Geschichte "deutscher", angeblich gar "germanischer" Religiosität seit 1900 wird entfaltet, deren Beziehungen zum Nationalsozialismus und der völkischen Bewegung deutlich markiert, um dann den zeitgenössischen Zusammenhang von New-Age, "Neuer" Rechter und dritter industrieller Revolution zu beschreiben. Ob die dialektische Beziehung zwischen Kapitalinteressen, gesellschaftlichen Strukturen und neuer Religion wirklich so eng ist, wie Kratz dies aufweist, mag man bestreiten. Doch wiegt solch grundsätzlicher Einwand wenig gegenüber der akribisch angehäuften Beweislast für die These, daß das New Age eben nicht romantisch und rückwärtsgewandt, sondern höchst zukunftsträchtig ist: das neue Denken ist affirmative Kultur der Mittelschichten, die perfekt zu den modernsten Entwicklungsprozessen des militärisch-industriell-biopolitischen Komplexes passen. Die angeblich "sanfte Verschwörung" (Ferguson) entpuppt sich solchermaßen als kompatible Weltanschauung für die harte Zurichtung der (Um-)Welt und des Menschen durch das Kapital.

Das Buch leistet beides: die exakte Analyse grundlegender Denkfiguren des New Age und neuer Religionen sowie gleichzeitig die Rekonstruktion des organisatorisch-personellen Netzwerkes, das zwischen alt- wie neurechter Subkultur, New Age und der "Mitte der Gesellschaft" aufgespannt ist. Dabei wird das gesamte fünfte Kapitel der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" vorbehalten, deren jahrzehntelang erprobte Verfilzung mit nationalsozialistischem, deutschgläubigen und neuheidnischen Organisationen wie mit dem politischen Establishment sich mit jeder Mitglieder-Generation immer wieder erneuert hat.

Das gesamte Buch hindurch begibt sich Kratz immer wieder in Auseinandersetzung mit der vorliegenden Sekundärliteratur zum Thema, deren - in seinen Augen- ungenügend kritischen Umgang mit dem New Age und dessen Brückenfunktion zum Faschismus er kritisch-polemisch anmerkt. Wenn sich so auch manchmal der Eindruck aufdrängt, der Einzige, der "es geblickt hat", sei Peter Kratz, so lassen sich dessen Einwände nicht einfach vom Tisch wischen, sondern fordern jeden, auch den Rezensenten, zur erneuten Überprüfung eigener Thesen auf. Leider fehlt eine eigene Literaturliste, so daß es manchmal schwer fällt, die referierte Literatur schnell wieder zu finden.

Der dringend gebotenen Rezeption dieses Buches mag im Wege stehen, daß die Fülle der Belege, Argumente und Beweisketten dem Leser einen sehr großen Grad von Aufmerksamkeit abfordert. Kratz war anscheinend gezwungen, den Text mehr und mehr zu straffen. Sein Hang zu Polemik und Verknappung der Argumente tut ein übriges dazu, daß sich manches Detail eingenistet hat, das so einfach unsinnig ist: an der Spitze des Deutschen Reiches standen die Hohenzollern-Kaiser nicht "im Auftrag der Krupp, Borsig und Siemens" (vgl. 53) und Goethe mag man ja mit Recht in vielem kritisieren, aber der "gemeinsame Stammvater" (vgl. S. 184) von New Age und Faschismus war er eben nicht. So zutreffend der parallele Blick etwa auf Teilhard de Chardin, Meister Ekkehard, Goethe, Steiner und einzelne New-Age-Denker für die Argumentationen von Kratz sein mag - den meisten Einschätzungen ist zuzustimmen - so bedenklich ist die an mehreren Punkten anzutreffende Verkürzung geistesgeschichtlicher Traditionen. Der fundamentale Wandel von Religion in der Gesellschaft zwischen dem Hochmittelalter und der späten Neuzeit sowie der jeweils qualitativ andere funktionale Zusammenhang von Religion, Politik und Wirtschaft wird dadurch falsch gewichtet, daß Kratz einzelne Schriftsteller, Philosophen und Wissenschaftler zu stark aus ihrem jeweiligen historisch-politisch-religiösen Kontext isoliert. Was man schon an Georg Lukacs bedeutender Geschichte des deutschen Irrationalismus "von Schelling zu Hitler" kritisiert hat, trifft so auch hier zu. Dieser Vergleich aber sollte den Autor ebenso ehren, denn er entfaltet letztlich doch gekonnt das Ideenpanorama, aus dem alte wie neue Rechte, "sanfte Verschwörer" und neue Technokraten immer wieder schöpfen.




Wer immer sich zukünftig kritisch den "Göttern des New Age" nähern will, kommt an Peter Kratz nicht vorbei. Die Fülle der Belege, die meist konzise Argumentation sowie der klare marxistische Standpunkt des Autors dürften jeden Leser zur Stellungnahme zwingen. Darüber hinaus wird die hohe Komplexität des Textes und der Argumente dafür sorgen, daß man sich an diesem Buch reibt. Es bleibt zu hoffen, daß die Ignoranz vieler AntifaschistInnen gegenüber religiösen Phänomenen nun ein Ende hat. Peter Kratz zumindest hat das seine dazu getan. Auf die Reaktion der New-Age-Bewegung und deren Publizisten sowie den empörten Aufschrei des neudeutschen Heidentums darf man gespannt sein.

*Peter Kratz: Die Götter des New Age - Im Schnittpunkt von "Neuem Denken", Faschismus und Romantik; Elefanten Press, Berlin 1994*

---

Thomas Böhling

# Unabhängige Freundeskreise und Rechte Rechtsvertretung

## Prozess gegen den „Freundeskreis Freiheit für Deutschland"

**Seit dem 6.4.1994 findet vor dem Landgericht Bochum ein Prozess gegen Mitglieder des „Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) statt. Diese Organisation ist am 2.September letzten Jahres vom nordrhein-westfälischen Innenminister verboten worden. Zeitgleich mit dem Verbot wurden von der Polizei Hausdurchsuchungen in Bochum, Herne, Duisburg, Xanten und Bielefeld durchgeführt.**

Seinen Sitz hatte der „Freundeskreis" in Bochum. Hier unterhielt er eines seiner Konten, in Bochum-Gerthe ein Postfach und seine Geschäftsstelle, von wo aus in professioneller Weise der Versand der Hetzschriften und Aufkleber vorgenommen wurde. 104 verschieden Flugblätter und 30 Aufkleber hatte der FFD hergestellt. Nach eigenen Angaben sei die Auflagenhöhe der Flugblätter fast eine Million gewesen. Zeit genug hatte die Organisation, um auf eine so hohe Stückzahl zu kommen. Trotz eines Prozesses, im Juni 1991, wegen Volksverhetzung aufgrund eines der Flugblätter und zahlreicher Anzeigen gegen den FFD, konnte dieser seit seiner Gründung 1989 fünf Jahre lang ungestört hetzen und agitieren.

Sechs Mitglieder und Herausgeber stehen nun vor Gericht. Vorgeworfen wird ihnen Verstoß gegen das nordrhein-westfälische Pressegesetz, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung der Demokratie, des Staates und seiner Repräsentanten, Beleidigung Andersdenkender, Verunglimpfung der Menschenwürde von AusländerInnen und Flüchtlingen, Leugnen der Vergasungen von Juden und Jüdinnen im 3.Reich, Beleidigung des Ansehens Verstorbener, Billigung von Straftaten, Aufruf zur Gewalt und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Angeklagt sind: **Günther Demolsky** (74) aus Herne, **Helmut Fuchs** (62) aus Duisburg, **Wilfried Bluschke** (44) aus Xanten, **Paul Muenzer** (66) aus München, Dr.Dr. **Helmut Grimm** aus Ettlingen und **Ekkehard Weil**, alias **Karl Schubert** (45) aus Bochum.

Das Verbot des „Freundeskreises Freiheit für Deutschland", die Hausdurchsuchungen und der jetzige Prozess erwecken den Anschein, als ob es ein ernsthaftes Interesse an der Sanktionierung rechtsradikaler Hetzer, Drahtzieher und Organisatoren von rechtsradikalen Gewaltanschlägen gäbe. Dies ist auf das Entschiedenste in Frage zu stellen!

Bei dem sich selbst „Freundeskreis" nennenden FFD handelt es sich um eine Organisation, die gegründet worden ist, um die eigentliche Organisation zu schützen und um eine noch mehr rassistische und antisemitische Hetze als diese zu verfolgen. Die eigentliche Organisation sind die „Unabhängigen Freundeskreise" (UFK), der Herausgeberkreis der sogenannten „Unabhängigen Nachrichten". Dies war den Behörden bekannt. So heißt es im Verfassungsschutzbericht NRW von 1990: „Der FFD ... ist weitgehend mit dem 'Freundeskreis Unabhängige Nachrichten' (UFK) identisch."

Verbot und Strafverfahren treffen aber, trotz besserem Wissen der Staatsschutzbehörden, nur den „Freundeskreis Freiheit für Deutschland". Die „Unabhängigen Freundeskreise", seine weiteren Unterorganisationen und seine Veröffentlichungen sind nicht betroffen. So scheint ein Kalkül der Nazis aufzugehen. Das alte, weitverzweigte und in den Terrorismus reichende Netz um die UFK bleibt außerhalb der justiziellen Reichweite und außerhalb einer Aufdeckung für die Öffentlichkeit.

### Das Braune Netz der „Unabhängigen Freundeskreise"

Den „Freundeskreis Freiheit für Deutschland" kann man nur als Unter- oder Tarnorganisation für die „Unabhängigen Freundeskreise" - aber nicht als lokale Organisation der UFK betrachten. Für diese Einschätzung spricht allein schon die räumliche Herkunft der Angeklagten im Bochumer Prozess. Die UFK haben ihren zentralen Sitz in Bochum und wurden 1969 von den dort ansässigen **Martin Voigt** und **Werner Gebhardt** gegründet. Seit ihrer Gründung geben die UFK die „Unabhängigen Nachrichten" (UN) heraus. Die UN erscheinen in einem Umfang von 12 Seiten und haben angeblich eine Auflage von 12.000 Exemplaren pro Ausgabe. Sie wird bundesweit vertrieben und auch ohne Anfrage zugeschickt - wenn man in den Adressverteiler der Herausgeber gerät. Eine zeitlang wurden die UN bei der Druckerei **Maas** in Bochum gedruckt, heute erscheinen sie über die Verlagsadresse von **Werner Symanek** in Bingen am Rhein.

In ihrer Geschichte sorgten die „Unabhängigen Freundeskreise" mehrmals für Schlagzeilen. So zum Beispiel bei von ihnen im Mai 1978 organisierten „Tagen der Gemeinschaft" mit ca. 400 Teilnehmern; dort beschlagnamte die Polizei große Mengen von Propagandamaterial, u.a. den „Völkischen Beobachter", „Wille und Weg" und den „NS-Kampfruf" der NSDAP-AO. Die UFK unterhalten beste Kontakte zu dem ehemaligen SS-Sonderführer und späterem Autor der „Auschwitz-Lüge", **Thies Christophersen**, der sich in Dänemark der Strafverfolgung durch die bundesdeutsche Justiz entzieht. Über den kürzlich verstorbenen Mitbegründer der „Unabhängigen Freundeskreise" Werner Gebhardt bestanden ausgezeichnete Beziehungen zu ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS und deren Mitteilungsblatt, den „SS-Leitheften". Der Nazi-Terrorist **Manfred Roeder** ist nach wie vor Intimus der UFK.

Werbung für den „Freundeskreis Freiheit für Deutschland" wurde in der „Revolte", einem Blatt der verbotenen „Nationalistischen Front" gemacht. Ebenso in den „Nachrichten der HNG", der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.", in der von Thies Christophersen herausgebenen Zeitschrift „Die Bauernschaft" und in der NPD-Zeitung für Nordrhein-Westfalen.

Der FFD, und damit die UFK und die UN sind ein Bindeglied für die verschiedensten rechtsradikalen und (neo)faschistsichen Organisationen.

### Rechte Rechtsvertretung

Im Jahre 1979 gründeten Mitglieder der „Unabhängigen Freundeskreise" die sogenannte „Deutsche Rechtsschutzkasse" (DRsK); eine Vereinigung, die Alt- und Neonazis Prozesshilfe gewährt, „rechte" Rechtsanwälte vermittelt und Tips gibt, wie geltendes Recht in Bezug auf Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, etc. umschifft werden kann. Unter dem Titel „Recht und Justiz" und mit der presserechtlichen Verantwortung von **Jürgen Rieger** ist dieses Machwerk in zwei Sammelbänden beim Verlag Werner Symanek zu beziehen. Ihren Sitz hat die DRsK ebenfalls in Bochum.

Die von einer **Gisela Sedelmeier** unter dem Titel „Mäxchen Treuherz und die Fallstricke der Behörden" herausgebene Broschüre kann als gründlich überarbeitetes Nachfolgewerk von „Recht und Justiz" angesehen werden. Hinter dem Pseudonym „Gisela Sedelmeier" verbirgt sich die Hamburger Rechtsanwältin **Gisela Pahl**, deren Mitgliedschaft bei den „Republikanern" vom TV-Magazin Panorama aufgedeckt wurde. Unter „Gisela Sedelmeier"




*Faksimile Vorderseite FFD- Flugblatt 19*

veröffentlichte sie verschiedene Artikel in den „Unabhängigen Nachrichten".

Aus der „Deutschen Rechtsschutzkasse" ist mittlerweile ein eigenes Büro in Hamburg hervorgegangen: das „Deutsche Rechtsbüro". Die Kontaktaufnahme zu diesem Büro, das die selben Aufgaben wie die DRsK erfüllt, ist ein Postfach im bayrischen Münsing, dessen Inhaber der Mitbegründer der neurechten „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft", **Klausdieter Ludwig**, ist. Als Student war Ludwig 1958/59 Bundesvorsitzender des „Bundes Nationaler Studenten", der 1961 als verfassungsfeindlich verboten wurde. 1986 mußte Ludwig aufgrund seiner rechtsextremistischen Aktivitäten seinen Posten als Direktor der Volksbank in Darmstadt räumen.

Vordergründige Leiterin des „Deutschen Rechtsbüros" ist Gisela Pahl, die auch die Flugblätter des FFD auf eventuell strafbare Inhalte hin prüfte. Hinter ihr steht ohne Zweifel der Staranwalt der bundesdeutschen Nazi-Szene: Jürgen Rieger.

Jürgen Rieger steht auch im Vordergrund nahezu aller Widerspruchsverfahren gegen Verbotsverfügungen von neonazistischen Organisationen. Dieser „Verbotskampf" wird mit einer formal eigenständigen Zeitung unterstützt, dem „Rechtskampf", herausgegeben von **Michael Swierczek**, dem einstigen Vorsitzenden der verbotenen „Nationalen Offensive" (NO). In einem Prozess in Dortmund, gegen Mitglieder der NO, steht Swierczek im Verdacht, bei der Vermittlung von rechtsradikalen Söldnern nach Kroatien mitgewirkt zu haben.

## Die Angeklagten

Rechts-Anwalt Jürgen Rieger vertritt im Bochumer Prozess den Angeklagten Helmut Fuchs. Bei der Hausdurchsuchung in dessen Duisburger Wohnung soll kistenweise neofaschistische Literatur und Zeitschriften gefunden worden sein. Riegers aus NS-Prozessen erfahrener Kollege aus Düsseldorf, **Hajo Herrmann**, vertritt Wilfried Bluschke, einen Sammler von Militaria und schlagkräftigem Widersacher der Presse bei der Prozesseröffnung. Bluschke ist gut bekannt mit **Jürgen Mosler** (früher einer der ärgsten Widersacher von **Michael Kühnen** im Streit um die Führung der NS-Bewegung) und mit dem ehemaligen Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift „Halt!", dem Österreicher **Gerd Honsik**.



*Ekkehard Weil (Mitte), 1987 bei seiner Auslieferung von Östereich an die BRD*

Der Anwalt **Erhard Steller** aus Dortmund - bekannt aus diversen Verfahren in denen er den heutigen stellvertretenden Vorsitzenden der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) **Siegfried Borchardt** vertrat - verteidigt Ekkehard Weil, alias Karl Schubert. Weil fungierte als Kassenwart und Postvertreiber des „Freundeskreis Freiheit für Deutschland". 1970 war er Mitglied der terroristischen Organisation „Europäische Befreiungsfront", die, gut mit Waffen ausgestattet, Anschläge auf Politiker plante - bevor sie von Staatsschutzbehörden aufgedeckt wurde. Ebenfalls 1970 verübte Weil einen Mordanschlag auf einen sowjetischen Wachsoldaten vor einem antifaschistischen Mahnmal in Berlin. Ende der 70er Jahre ging Weil nach Österreich und wurde dort nach einer Serie von Bombenanschlägen, u.a. auf die Wohnung von Simon Wiesenthal, festgenommen und zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Mitangeklagter in dem Verfahren war damals **Gottfried Küssel**, der spätere kurzfristige Nachfolger von Michael Kühnen und Chef der österreichischen „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO).

Küssel ist im vorigen Jahr in Österreich zu 10 Jahren Gefängnis wegen der Wiederbetätigung für die NSDAP verurteilt worden.

Der im Prozess in Bochum angeklagte Günther Demolsky ist ebenfalls kein unbeschriebenes Blatt. Bis zum Verbot der „Sozialistischen Reichspartei" im Jahre 1952 war er deren Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Später dann Funktionär der „Deutschen Reichspartei", der „Deutschen Freiheitspartei" und der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher".

Dr.jur.Dr.med. Helmut Grimm erschien nicht zu den Verhandlungsterminen. Er wird mit Haftbefehl gesucht. Am 18. April ließ er sich schriftlich bei Gericht entschuldigen. Der Brief kam aus Dänemark ...

*(Der Verfasser dankt auf diesem Wege der Infogruppe „Kleine Strolche", Bochum, für das zur Verfügung gestellte Informationsmaterial)*

Winfried Holzinger

# Braune Zellen in der Wiener Polizei

In den Wiener Polizeiwachen entwickeln sich braune Kader, die mit österreichischen Neofaschisten eng verbunden sind. So wurde festgestellt, daß faschistische Aktivitäten berufsmäßig verschleiert wurden, daß Rechtsradikale in einer Polizeieinheit den Ton angeben und das Faschisten dort direkten Zugang zu Melderegistern und zu zentralen Waffenlagern des Bundesheeres haben (so ist die Frau des Hans Georg Ley, einer der im Dezember 1993 im Zusammenhang mit den Briefbombenanschlägen verhafteten, bei der Bundespolizeidirektion Wien beschäftigt, wo sie auch Zugang zu dem Melderegister hat).

Darüber hinaus schien die Spitzeltätigkeit auf Gegenseitigkeit ausgerichtet gewesen zu sein. Diese Zusammenhänge und Verknüpfungen wurden bei den Recherchen nach den Hintermännern der Briefbombenanschläge in Österreich ermittelt. Die engen Verbindungen der Staatspolizei bestanden u. a. zur "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), dem österreichischen Zweig der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). VAPO-Kader erzählten, daß der Verein um **Gottfried Küssel** Polizisten als Mitglieder habe. In einigen Abteilungen der Wiener Polizei etablierte sich bei Personalvertretungswahlen im Herbst 1991 die rechte und Haidernahe „Aktion Unabhängiger und Freiheitlicher" (AUF). Eine Hochburg dieser AUF war u.a. auch die 450 Mann starke Wiener Alarmabteilung (80 % der Stimmen bei den Personalratswahlen), die sich auf Grund vieler Ereignisse zu einer Problembereitschaft entwickelte. Dies führte zur Einsetzung einer Untersuchungskommission, die am Liechtenwerderplatz in Wien-Alsergrund ihre Stellung bezog und nun im Aktenstudium steht. Gegen einen Offizier der Alarmabteilung wird ermittelt, inwieweit er seine rechtsextreme Gesinnung in den polizeilichen Dienst eingebracht hat. Auch die Einsätze dieser Alarmbereitschaft wird unter die Lupe genommen. Einige Beamte wurden versetzt, einige wurden suspendiert oder es laufen gegen sie Disziplinarverfahren.

Die Gesinnung dieser braunen Gesinnungsgemeinschaften innerhalb der Polizei läßt sich an Flugblättern festmachen, die innerhalb der Polizei verteilt wurden. Hierbei ist nicht geklärt, wer die Autoren dieser Flugblätter waren; es zeigt sich jedoch, daß die Autoren Insiderwissen hatten. Trotzdem erhielten die Flugblätter ihren Zugang zu den bestimmten Dienststellen durch Polizisten, da nur sie diese Möglichkeiten hatten.

Im Februar 1993 erschien anläßlich der Demonstration gegen den Wiener Opernball

ein Flugblatt. Mit der Anrede „An die lieben Kollegen" einer „Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" werden die Arbeits- und Kriminalitätsbelastung beschrieben und die Kollegen in der Donaustadt aufgefordert, sich krank zu melden (Tenor: Die Bonzen sollen sich selbst schützen, der Polizeipräsident sei ein Knecht der Mächtigen, der nicht energisch gegen Linke vorgehe.) Absender war die „Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten", abgekürzt NS.

In diesem Flugblatt werden 8 Personen angegriffen, unter denen sich u.a. Simon Wiesenthal befand. Es folgten die üblichen faschistoiden Verschwörungstheorien zwischen Juden, Kommunisten, Freimaurern. Da wird bedauert, daß man bloß wegen der Forderung nach Beweisen für die „Existenz angeblicher Gaskammern im Dritten Reich" hinter Gittern verschwinden kann. Einige Redewendungen lassen auf die Federführung von den Neonazis **Günther Reinthaler, Gerhard Endres** und **Franz Radl** schließen. Seit Mai 1993 und wiederum nach den Briefbombenattentaten Anfang Dezember 1993 kursierte ein weiteres Flugblatt mit gleichem Absender in den Wiener Polizeiwachen und den Polizeikasernen. Mit folgendem Inhalt: „Unsere Berufsehre und unsere Überzeugung als Vertreter von Recht und Ordnung - und nicht von legistischem Unrecht - gebietet uns, uns in den Dienst des Volkes zu stellen. Daher sehen wir von der Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten uns außerstande, für die Sicherheit der Umvolkungspolitiker zu garantieren, da diese durch ihr verbrecherisches Handeln jede Schutzwürdigkeit der Person verwirkt haben. Wir werden insofern passiven Widerstand leisten, als wir uns nicht zur Verfolgung politischer Gegner des gegenwärtigen Systems mißbrauchen lassen. Unseren Schutz genießen auch nicht Richter und Staatsanwälte, die die Menschenrechte verletzen und an politischen Hexenjagden teilnehmen."

Die engen Beziehungen zwischen diesen Polizisten und den Neofaschisten blieb nicht ohne Wirkung. So rühmte sich Gerhard Endres wiederholt, nach linken Demonstrationen mit den Daten dieser Leute von der Polizei versorgt worden zu sein. Im Rahmen der Ermittlungen und Fahndungen nach den Tätern der Briefbombenanschlägen erschien der Eindruck, als ob diese zuvor aus der Polizei heraus vor polizeilichen Maßnahmen rechtzeitig gewarnt wurden. So blieb eine nach den Waffenfunden bei dem VAPO-Kader **Peter Binder** eingeleitete Großrazzia ohne Erfolg. Bei einer Durchsuchung des Hauses von Franz Radl wird festgestellt, daß dieses penibel ausund aufgeräumt war, als ob er zuvor gewarnt worden wäre. Trotzdem findet die Polizei einen in einem Buch eingelegten Zettel, die das Schema der Baukonstruktion der Briefbomben enthält. Nazis wurden durch einen FPÖ-Personalvertreter der Polizei, aus dem Bereich „Rechtsextremismus" darüber informiert, welche Spitzel von der Polizei eingeschleust waren. Einige Verhaftungen waren keine Ergebnisse umfangreicher Observationen sondern eher Zufälle. Es konnte jedoch bis zur Zeit nicht geklärt werden, wie viele dieser Polizeibeamten auch an den Ermittlungen zu den Briefbombenanschlägen beteiligt waren.

Im allgemeinen Dienstgeschehen der Wiener Alarmabteilung war es üblich, die Truppe mit „Heil Hitler" zu begrüßen und daß zu allgemeinen Liederabenden eingeladen wurde, bei denen einschlägige Lieder aus dem faschistischen Bereich abgesungen und Wehrsportübungen abgehalten wurden. Bei Demonstrationen zeigte man sich auch nicht gerade zurückhaltend; eingekesselte Demonstranten bekamen zu hören: „Ihr Juden gehört alle vergast!". Bei einer Weihnachtsfeier wurden Nazilieder gegrölt und das Personal massiv von den 200 Leuten aus der Alarmabteilung mit ihren kurzgeschorenen kantigen Köpfen (sie wurden „Inbusschädel" genannt) belästigt. Bei den Ermittlungen zu den undichten Stellen kam nebenbei heraus, daß sich im letzten Sommer ein Polizeibeamter mit einem teuren Nachtsichtgerät aus den Beständen der Polizei zur kroatischen HOS abgesetzt hat. Innerhalb der Polizei soll es jedoch beim Auftreten dieser Faschisten Polizisten gegeben haben, die den Befehl verweigerten. Dabei soll es auch Anzeigen gegen Küssel und andere gegeben haben, die jedoch auf dem Dienstweg verschollen gingen.

Andrea Colombo

# Italien: Die letzte Wende des MSI

## Gianfranco Fini: „Für Italien ist der Föderalismus ein zu großes Risiko." Aber die Basis des neuen MSI erliegt der Faszination Bossis

Nachfolgender Artikel erschien am 30.1.94 in der unabhängigen kommunistischen Tageszeitung „il manifesto". Er zeigt die Widersprüche der offiziellen Politik des Parteiführers Gianfranco Finis und der Basis des MSI auf. Ende März 1994 kam es zum triumphalen Wahlsieg des Bündnisses aus Forza Italia, Lega Nord und der MSI-Nachfolgeorganisation Alleanza Nazionale. Der italienische Leo Kirch, der Medienzar Silvio Berlusconi ist somit der neue Ministerpräsident Italiens. Eine historisch einmalige Situation wurde geschaffen: Das erste Mal nach Ende des 2.Weltkrieges führt eine gewählte Rechtskoalition, die nicht aus dem bürgerlich-demokratischen Spektrum stammt, eine europäische Regierung. Ohne übertrieben reagieren zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß der historische Faschismus in Italien seinen Anfang genommen hatte. Die Zukunft wird erweisen, inwieweit Italien auch diesmal wieder Modellcharakter für Europa haben wird.

Rom - Die neue Rechte weist den Föderalismus zurück. Auf dem Bankett des Verlagshauses Settimo sigillo (Siebtes Siegel) tritt „Contro la Lega"-Autor Lillo Ragno hervor. **Gianfranco Fini** stimmt ein: „Italien", erklärt er auf der Pressekonferenz,"hat keine ausreichend solide nationale Identität." Zwischen „Föderalismus und verschärftem Zentralismus" schlägt er deshalb eine Vermittlung vor: Weg mit den Regionen und Provinzen, maximale Bedeutung für die Kommunen und Schaffung eines „territorial homogenen" Bereiches. Unter die Vorrechte dieser Letzteren würde die Möglichkeit zurückkehren, Steuern einzuführen und aufzuerlegen - unter der Bedingung, daß die lokale Steuermacht dabei nicht in eine Erhöhung der Steuerschuld umschlägt. Richtig betrachtet ist die Tür mehr angelehnt als verriegelt, auch weil Gianfranco Fini darüber besorgt ist, einen weitergehenden Tadel zu lancieren. „Der Föderalismus", erklärt er, „ist vor allem beim Fehlen eines Kittes wie eines starken Präsidenten gefährlich." Wie um zu sagen, daß das lokalistische Schlachtroß der Nordischen (= Lega Nord + Anhänger /d.Ü.) und das präsidentialistische der Neo-MSI'ler sich eines Tages treffen könnten.



*Umberto Bossi, Chef der Lega Nord*

Aber trotz des nach unten zeigenden Daumens gegen den „Conducator" (Lega- Chef **Umberto Bossi** /d.Ü.) scheint den Jugendlichen der post-MSI-Basis der Carroccio (= das Lega-Symbol /d.Ü.) durchaus nicht zu mißfallen, weder jenen die mit Begeisterung in die neue Gruppierung (Alleanza nazionale /d.Ü.) übergegangen sind, noch den zahlreicheren, die ihre reichlich vorhandenen Zweifel kaum verbergen. „AN ist in Ordnung, aber unter der Bedingung, daß es nicht der Pol der Moderaten und der Konservativen wird", erklärt **Roberta Angelillo**, Provinzsekretärin der Fronte della gioventu (Jugendfront) in Rom, das Keltenkreuz um den Hals und ansonsten nichts, was sie von einer Militanten der Linken unterscheiden würde. Sie ebensowenig wie die vielen anderen Mädchen, die den letzten Kongreß des MSI füllen.

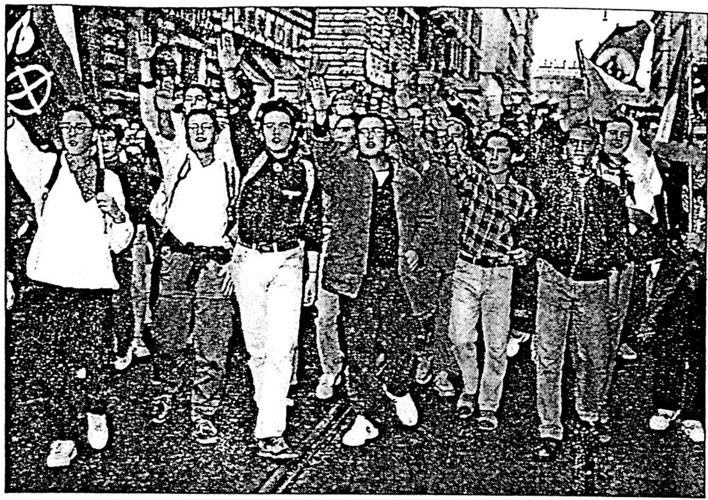
„Jetzt", fährt sie fort, „spricht auch Fini von Überwindung des Neofaschismus und von Solidarität. Das was wir seit Jahren sagen und bis jetzt nicht sonderlich erhört worden ist." Für sie ist der lombardische Barbar sehr viel eher ein potentieller Verbündeter als ein gefährlicher Antagonist. (Antagonismus = die Position, daß es unüberbrückbare Widersprüche gibt /d.Ü.) "Ich glaube nicht, daß er wirklich drei Kleinstaaten will; und was die Solidarität anbelangt, die darf sicher nicht durch Assistenzialismus (= staatlicher Beistand im sozio-ökonomischen Bereich; bedeutet in Italien maximal aber auch: korrupte Gefälligkeitswirtschaft /d.Ü.) gekennzeichnet sein." „Im Norden", erklärt ein anderer Militanter der Fronte, „ist die Lega für die Unsrigen ein Problem. Sie hält sehr direkte Reden mit großer Aufprallwirkung an die Leute, ein bißchen



*Alessandra Mussolini*

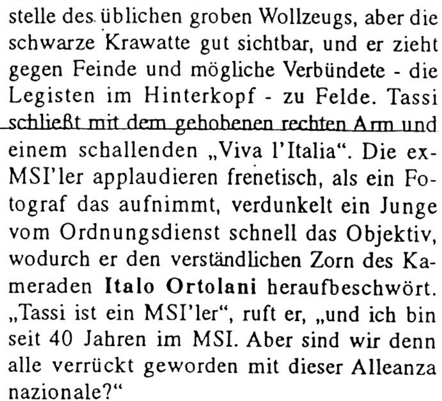
so wie wir es hier in Rom gemacht haben." Auch ihn begeistert die Alleanza nazionale nicht. „Aber nunmehr", schließt er, „sind wir drinnen und wir werden hierbleiben, ohne darauf zu verzichten unsere Themen ein-/rüberzubringen." Auf die Frage, ob er sich unter dem Etikett „moderate Rechte" wohlfühlt, ist die Antwort ein von Herzen kommendes 'Nein'.

Das Unwohlsein des MSI wird nicht ans Tageslicht kommen, aber es regt sich untergründig und hat verschiedene Seelen. Jene der Jungen, die in den vergangenen Jahren den Traum eines rechten Antikapitalismus verfolgt haben, haben ihre Schlachten gegen die politische Gefangenschaft geführt und in den Kleidern eines italienischen Chirac (= der Chef der französischen gaullistischen Partei RPR /d.Ü.) fühlen sie sich eingeengt. Und jene der gewöhnlich, aber nicht immer, bejahrten Nostalgiker. **Massimo** z.B. ist erst 21 Jahre alt und Sekretär der Fronte in der Nähe von Salerno. Er versteht alle politischen Gründe des Sekretärs (Fini /d.Ü.) „aber diese AN", schwört er betrübt/verbittert, „könnte ich weder unterstützen noch wählen. Ich bin Faschist, wenn auch nicht gewalttätig. An den MSI hatte ich sehr geglaubt, er ist jedoch wie die anderen. Es gibt das Mehrheitswahlrecht? Egal. Lieber hundert, aber wahre!"



*Anhänger des MSI bei einer Großdemonstration in Rom im Oktober 1992*

Jugendlicher Enthusiasmus. Für die alten MSI'ler bedeutet das Wahldiktat - und wie! Sie machen sich Luft, indem sie in Ovationen ausbrechen als der legendäre **Tassi** spricht, dunkelblaues Hemd anstelle des üblichen groben Wollzeugs, aber die schwarze Krawatte gut sichtbar, und er zieht gegen Feinde und mögliche Verbündete - die Legisten im Hinterkopf - zu Felde. Tassi schließt mit dem gehobenen rechten Arm und einem schallenden „Viva l'Italia". Die ex-MSI'ler applaudieren frenetisch, als ein Fotograf das aufnimmt, verdunkelt ein Junge vom Ordnungsdienst schnell das Objektiv, wodurch er den verständlichen Zorn des Kameraden **Italo Ortolani** heraufbeschwört. „Tassi ist ein MSI'ler", ruft er, „und ich bin seit 40 Jahren im MSI. Aber sind wir denn alle verrückt geworden mit dieser Alleanza nazionale?"



„Aber ja", gibt **Marco Marsilio**, Leiter der Fronte für den Bereich Schule und Stadtrat (des MSI /d.Ü.) in Rom, zu, „einige Beunruhigung gibt es, dieselbe die der PCI (= die ital. KP /d.Ü.) zu Zeiten seines Bologneser Parteitages erlebte (als die Mehrheit der Partei 1990 dem Kommunismus endgültig abschwörte und sich in Demokratische Partei der Linken, PDS, umbenannte /d.Ü.). Für die Identität ist das Mehrheitswahlrecht eine Gefahr, auch deshalb wollten wir es nicht. Es hat jedoch einen Vorteil: Es zwingt uns aus dem Gehäuse/der Hülse herauszukommen. Und im MSI sind viele, die im Gehäuse der Nostalgie und des Veteranentums/Frontkämpfertums gelebt haben, einige ziehen daraus auch persönliche Vorteile." Es wird zwar einen Bologneser Parteitag von rechts geben, eine neofaschistische Neugründung (Rifondazione neofascista = Anspielung auf die 1990 entstandene Rifondazione comunista, die jetzt bei den Parlamentswahlen landesweit 6% erreichte und der „il manifesto" nahesteht /d.Ü.) ist jedoch nicht zu befürchten. Der Lorbeer für Tassi ist der maximale Dissens, den die Basis sich erlaubt. **Alessandra Mussolini** kehrte an das Rednerpult zurück, erwärmte das Publikum indem sie proklamierte, daß die Regierungsallianz nicht den Preis der Identität kosten kann, dann bezog sie die Position des Sekretärs (Fini /d.Ü.). Auch **Pino Rauti** wird heute nicht weitergehen.

Während die Nostalgiker schnauben, wenn von Bossi die Rede ist, denken die Pasdaran (= die iranischen Revolutionswächter /d.Ü.) der Allianz stattdessen in der Substanz genau wie die Jungen von der Fronte. **Ferdinando**, blonder Schnur- und Spitzbart, saß auf der Bank des „Zirkel Neue Rechte für AN". „Wir haben uns", erzählt er, „sofort nach dem ersten Wahlgang der letzten Kommunalwahlen (im November 1993 /d.Ü.) formiert. Vorher waren wir nicht im MSI aktiv und viele waren überhaupt nicht aktiv. Jetzt sind wir ungefähr 80, fast alles junge Leute. Und aus Zirkeln wie diesem in Rom sind mehrere entstanden." Über Föderalismus kann man seiner Meinung nach diskutieren, wenn nur klar ist, daß es sich nicht um Sezession handelt.

Eine Sache ist sicher, auch wenn nicht alle es eingestehen: Bossi ist hier populärer als (der neue Ministerpräsident /d.Ü.) **Silvio Berlusconi**. „Es hat mir nicht gefallen, als er begonnen hat, in die Politik zu gehen", sagt Roberta Angelillo, „und es gefällt mir auch jetzt nicht besonders, auch wenn es mir ehrlicher und weniger gekünstelt als bei vielen anderen erscheint." Ansichten wie ihre kann man an der Jugendbasis, der aktivsten und militantesten, nach Belieben sammeln. Fini verteidigt zum Ausgleich den wahrscheinlichen Verbündeten mit gezücktem Schwert. „Ich bin nicht der Ansicht, daß er von der Mami begünstigt worden ist, daß er nur einen faktischen Zustand wahrgenommen hat (um reich zu werden /d.Ü.). Man kann Berlusconi nicht kritisieren, wenn er weitblickender und mutiger als die Anderen gewesen ist." Was die ehemaligen Christdemokraten um Mastella und Casini angeht (die sich dem Bündnis Lega - Forza Italia - Alleanza nazionale - Radikale Partei von Panella, als kleinster Partner, ebenfalls angeschlossen haben /d.Ü.), verspricht Fini, daß seine Formation keinen, gegen den ermittelt wird, unterstützen wird. Einige Umfragen geben der kaum formierten Mannschaft (von Alleanza nazionale /d.Ü.) um die 10%, er betrachtet die Angabe als unterschätzt (und hat Recht behalten: 13,4% bei den Wahlen! /d.Ü.): „Wie auch immer, das ist erst der Start." Für die Ankunft zählt der Koordinationssekretär der AN auf etwas substanzielleres. Und wenn er es erreicht, wird ihm kein Unwohlsein mehr Sorgen machen.

Kay Inszeid / Otto Wunderlich

## Antifa - Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis,

Die HerausgeberInnen, eine Projektgruppe der Edition ID-Archiv, wollen mit diesem Buch einen Überblick über verschiedene Diskussionen und Aktivitäten deutschsprachiger F(eministischer)antifa- und Antifa-Gruppen geben. Dazu wurden 1993 zehn verschiedenen Gruppen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz nach ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer aktuellen politischen Arbeit sowie ihren politischen Einschätzungen und Zielen befragt. Die Auswahl der Gruppen erfolgte nach der Maßgabe, ein möglichst breites Spektrum der verschiedenen Strömungen innerhalb der autonomen(!) F/Antifa-Bewegung gerecht zu werden. Das Buch besteht - abgesehen von einem Vorwort der Projektgruppe - aus diesen autorisierten Interviews.

Das Vorwort gibt in kurzer Form eine Einführung in den gesellschaftlichen Kontext der Entstehung der F/Antifa-Strukturen. Die heute bestimmenden Fragen wie z.B. Militanz, Öffentlichkeitsarbeit und Organisierung/Organisation werden kurz angerissen.

Im Interviewteil zeigt sich durch den Einblick in die verschiedenen Politikansätze, Aktivitäten und Diskussionen, die die einzelnen F/Antifa-Gruppen beschäftigen, eine Stärke des Buches: Konflikte wie z.B. die zwischen älteren und jüngeren Antifas, zwischen Ost- und West-Gruppen sowie zwischen gemischten und Fantifa-Gruppen werden thematisiert. Ebenso tauchen Themen wie Bündnispolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Jugendarbeit, Fragen der Vernetzung sowie der Organisierung oder Organisation immer wieder auf.

Bei näherem Hinsehen liegt in dieser Stärke allerdings auch die größte Schwäche des Buches: seine Beliebigkeit.

Diese Beliebigkeit zeigt sich zum einen in der Auswahl der Gruppen, die keinesfalls dem im Vorwort formulierten Anspruch, die tatsächliche Bandbreite der Diskussion innerhalb der F/Antifa-Strukturen wiedergeben zu wollen, genügen kann. Eine der bestimmenden Diskussionen der letzten zwei Jahre war die Frage der Organisierung/Organisation. Die verschiedenen Positionen können nicht deutlich werden, da die Gruppen, die sich von der Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) abgespalten haben und mit Vernetzungstreffen eine andere Form von Organisierung verfolgen, nicht interviewt worden sind. Eine weitere Kontroverse, die nur bruchstückhaft verfolgt werden kann, ist die Frage der getrennten Organisierung von Ostgruppen, da diejenigen Ostgruppen, die diese Forderung vehement vertreten, keinen Platz finden.

Die Beliebigkeit ergibt zum anderen auch durch die offensichtliche Unstrukturiertheit der Interviews: da nicht allen Gruppen Fragen zu den gleichen Themen gestellt wurden, sondern mehr der Gesprächsverlauf die Fragen bestimmt hat, haben wir am Ende weniger einen Überblick über die verschiedenen Positionen zu bestimmten Diskussionen innerhalb des F/Antifa-Spektrums, sondern eher eine Selbstdarstellung zehn verschiedener Gruppen. Vorstellbar wäre eine Aufteilung der Interviews gewesen. In einen ersten Teil hätten gezielte Fragen zu den bestimmenden überregionalen Diskussionen wie z.B. die bundesweite Mobilisierung zu Großaktionen wie dem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch, Mackerverhalten, „Feuerwehrpolitik", Bündnispolitik, Öffentlichkeitsarbeit, politischen Perspektiven etc. gestellt werden können. In einem zweiten Teil wäre Raum für gruppenspezifische Schwerpunkte, Probleme usw. gewesen.

Zudem bleibt unklar, an welches Publikum das Buch gerichtet sein soll: Für außenstehende Interessierte müssen InsiderInnen-Anspielungen wie z.B. „...nach der Geschichte in Hof im letzten Jahr..." oder „...wir waren eine Zeitlang an den Bundestreffen beteiligt..." unverständlich bleiben. Soll dieses Bundestreffen eigentlich das gleiche sein wie das Vernetzungstreffen, an dem die Edelweißpiraten teilgenommen haben? Hier wäre eine genauere Darstellung der bundesweiten Organisierungsansätze (fels-Initiative, Bundesweites Vernetzungstreffen, AA/BO und die verschiedenen Ost-Vernetzungstreffen) im Vorwort hilfreich gewesen. Das Fehlen dieser Informationen läßt vermuten, daß das Buch für InsiderInnen geschrieben wurde. Die jedoch dürften darin nichts Neues und das Bekannte nur bruchstückhaft wiederfinden.

Das Buch wird aufgrund der genannten Punkte dem Titel „Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis" nicht gerecht. Es ist eine Interviewsammlung, die einen kleinen Einblick in die Arbeit einiger F/Antifa Gruppen gibt.

*erschienen 1994 im Edition ID-Archiv Berlin/Amsterdam, 188 S., 14,90 DM*